



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- Das „Wundfieber“ von 1864
- **Anpassung – Selbstgleichschaltung – Zerschlagung**
Die Gewerkschaften und der 2. Mai 1933
- **„Helden? Verbrecher? Opfer?“**
Die neue Ausstellung über das Lager Faarhus 1945-1949
- **Der Runde Tisch für Integration in Flensburg**

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen
- Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
- Geschäftszeit:** Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Beitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 € Inland, 17,50 € Ausland
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Jesper Vind

Das „Wundfieber“ von 186483

*Michael Ruck*Anpassung – Selbstgleichschaltung – Zerschlagung.
Die Gewerkschaften in Flensburg und im Reich nach der
Machtübertragung an Hitler 193391*Jörn-Peter Leppien*„Helden? Verbrecher? Opfer?“. Der Nordschleswiger über die
neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers 109*Barbara Winkler*

Der Runde Tisch für Integration in Flensburg..... 121

Umschau 127

Echo 139

Buchhinweise 141

Mitarbeiter/innen dieses Heftes 146

Abbildungsnachweis 147

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · www.mittelstaedt-media-design.de

Druck:

Druckhaus Leupelt, Heideland-Ost 24, Weding · 24976 Handewitt

ISSN 1867-1853

Das „Wundfieber“ von 1864

von JESPER VIND

Der vorliegende Beitrag erschien am 15. März 2013 in der renommierten dänischen Wochenzeitung Weekendavisen. Jesper Vind studierte in Freiburg und Kopenhagen Deutsch und Geschichte. Den dänisch-deutschen Beziehungen und ihrer Geschichte gilt insofern sein besonderes journalistisches Interesse. Mit dem Blick auch auf das Jahr 2014 greift der Verfasser die bis heute kontrovers diskutierte Deutungsgeschichte des Jahres 1864 auf. Dabei geht es u. a. um die auch für deutsche Leser spannende Frage, ob oder inwieweit es historisch-wissenschaftlich tragfähig und geschichtspolitisch legitim ist, unmittelbare Vergleiche zwischen dem Krieg von 1864 und der aktuellen Außenpolitik Dänemarks zu ziehen. – Wir geben den Artikel in der Übersetzung von Dr. Eckhard Bodenstein wieder. Dieser nimmt den Artikel zum Anlass, um in einem ECHO-Beitrag für eine differenzierte Betrachtung des dänischen Politikers D.G. Monrad zu plädieren (s.S. 139).

Die Redaktion

Einführung

Es gibt einige Dinge, bei denen die Dänen wohl nie zu einer abschließenden Beurteilung kommen werden. Dazu gehört der Krieg von 1864, bei dem das Land 40 Prozent seines Hoheitsgebiets an Deutschland verlor. Der Schriftsteller Herman Bang bezeichnete das „Wundfieber von Düppel“ als ein nationales Trauma, und Johannes V. Jensen beschrieb die Dänen als die „Söhne der Geschlagenen“. Seit dem Fall der Mauer haben die Politiker eine Außenpolitik eingeleitet, die Dänemark wieder zu einer kriegführenden Nation gemacht hat, was das große Interesse an 1864 nicht geschwächt hat. Erst kürzlich hat der Historiker Tom Buk-Swienty dieses Interesse neu belebt. In seinen Bestsellern stehen die Akteure und Opfer der Schlachtfelder im Mittelpunkt: „Slagtebæk Dybbøl“ und „Dommedag Als“ („Schlachtbank Düppel“ und „Jüngstes Gericht Alsen“).

2014 wird mit großem Aufwand des 150. Jahrestages gedacht werden, und zwar insbesondere in Nordschleswig, wo 1864 die blutigsten Schlachten geschlagen wurden. Die zentrale Gedenkveranstaltung wird am Düppel-Tag, dem 18. April, im Beisein der Königin auf den Düppeler Schanzen stattfinden. Hier wurden 5.000 dänische Soldaten getötet, verwundet oder gefangen genommen.

Die wichtigste Radio- und Fernseh-Anstalt, Danmarks Radio, wird dem Ereignis breiten Raum geben. Zur Zeit arbeitet DR an einer Serie unter dem Arbeitstitel „1864“, die 2014 an acht Sonntagen ausgestrahlt werden soll. Der Achtteiler orien-

tiert sich an den erwähnten Büchern Buk-Swientys. Die Kosten belaufen sich auf 170 Millionen Kronen (etwa 23 Mill. Euro), von denen das Kulturministerium 100 Mill. (ca. 13,5 Mill. Euro) beisteuert. Drehbuchautor und Regisseur ist Ole Bornedal, dessen Filmepos einen neuen Beitrag zu der vielleicht am heftigsten umkämpften Deutungsgeschichte darstellt, die wir in Dänemark kennen. Es geht um die seit fast 150 Jahren andauernde Diskussion, wie „1864“ zu sehen sei. Und diese Diskussion ist entscheidend für das Selbstbild der Dänen gewesen.

Einen kleinen Einblick in den Inhalt des TV-Achtteilers gewinnt man bereits dadurch, dass Bornedals Produktionsgesellschaft Miso Film eine Synopsis der Serie publiziert hat, d. h. eine Zusammenfassung der Filmmanuskripte aller acht Teile. Bei der Lektüre dieser Synopsis muss man allerdings berücksichtigen, dass die Endfassung noch nicht vorliegt; der Inhalt lässt sich jedoch bereits in Umrissen erkennen. Die Synopsis beschreibt 1864 als ein „noch nie da gewesenes Masaker – das Ergebnis politischer Überheblichkeit und politischer Dummheiten“. Zusammengefasst erzählt die Serie die „Geschichte von Unschuld und Liebe – und von Unwissenheit und politischer Torheit“. Die politische Torheit ist personifiziert in Gestalt des Regierungschefs D. G. Monrad, der unverantwortlich, provozierend und unter Verletzung internationaler Verträge agiert. Auf schicksalhafte Weise führt er Dänemark in einen Krieg gegen die Deutschen.

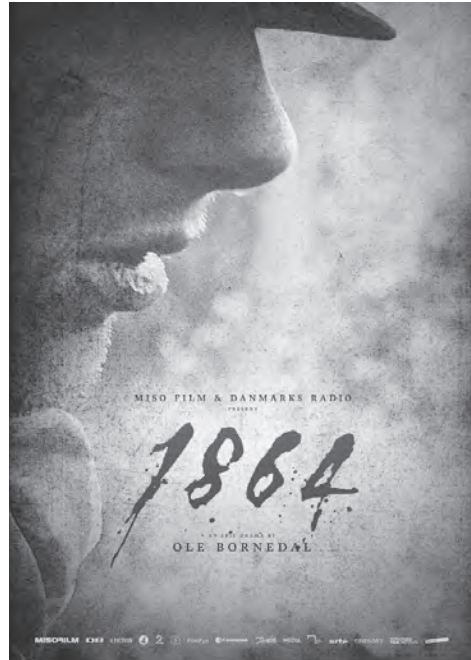
Das konkrete Geschehen spielt sich in einem bäuerlichen Umfeld ab. Die Brüder Laust und Peter aus einer armen Familie verlieben sich beide in die hübsche, barfüßige Inge, die Tochter eines Großgrundbesitzers. Sie führt die Brüder ein in Dichtung, Philosophie und Frauenemanzipation. Aber die Brüder müssen in den Krieg ziehen, denn sie haben sich als Freiwillige gemeldet.

Die Serie will Dänemarks jetzige Rolle als kriegführende Nation mit einbeziehen. Dies bildet einen Aktualitätsbezug, soll jedoch nicht als selbstständiges Thema behandelt werden, wie Ole Bornedal zu Weekendavisen sagt: Die Handlung wird sich nämlich auch im heutigen Dänemark (des Jahres 2011) abspielen, wo wir der zugeknöpften und unangepassten Claudia begegnen, die in der gleichen Gegend wohnt, in der einst Inge, Laust und Peter zu Hause waren. Claudia hat ihren Bruder im Irak-Krieg verloren, und ihre Eltern haben sich getrennt. Am Rande des Zusammenbruchs findet sie Inges vergessenes Tagebuch aus dem 19. Jahrhundert. So entdeckt Claudia die Geschichte von 1864, die Geschichte von Inge, Laust und Peter und die Geschichte „der vielen tausend jungen Männer, die ihr Leben in einem sinnlosen Krieg opferten“.

Zwei wesentliche Deutungen

Die TV-Serie macht den nationalliberalen Politiker Monrad zum Hauptverantwortlichen für diesen „sinnlosen Krieg“ gegen den mächtigen Feind im Süden.

Werbeplakat für einen in Vorbereitung befindlichen TV-Achtteler von Danmarks Radio über „1864“



Monrad ist eine der großen tragischen Gestalten der dänischen Geschichte. Kurz vor Ausbruch des Krieges wurde er Staatsminister, und er hat in der Folgezeit kein besonderes Ansehen genossen. Der Historiker Hans Vammen nennt ihn in seinem neuen Werk „Den tomme stat“ („Der leere Staat“) einen „genialen Psychopathen“.

Weekendavisen hat Ole Bornedal gebeten, einmal den filmischen Ansatz bei der Einbeziehung des heutigen kriegerischen Engagements Dänemarks zu erläutern. So wäre es ein interessanter Gedanke, etwas über mögliche Parallelen zwischen D.G. Monrad und Anders Fogh Rasmussen zu erfahren. Ole Bornedal möchte dies allerdings nicht weiter kommentieren. Deshalb haben wir zwei Historiker um ihre Einschätzung dieses Plots in der TV-Geschichtsserie gebeten. Darauf werden wir später noch eingehen, denn zunächst wollen wir die gegensätzlichen Deutungen näher betrachten, die es in der langen Zeit seit 1864 gegeben hat.

Der Historiker Rasmus Glenthøj von der Syddansk Universitet hat das 19. Jahrhundert als sein Spezialgebiet. Er meint, dass es zwei grundlegend unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie es zu 1864 kam. Beide entstanden bereits zur damaligen Zeit, sie sind aber nach wie vor prägend für das Urteil

der Nachwelt. „Die eine Seite behauptete, dass die Niederlage in erster Linie einem zynischen und aggressiven deutschen Gegner zuzuschreiben gewesen sei und dass Dänemark in der Stunde der Not von Norwegen und Schweden sowie von den Großmächten im Stich gelassen wurde. Die Dänen waren Opfer, schuld waren die Anderen. Der Blick wurde weitgehend nach innen gewandt mit der Folge, dass man dem König oder der militärischen Führung Inkompetenz vorwarf“, berichtet Glenthøj und fährt fort: „Eine andere Interpretation besagt, die Ursache für die Niederlage liege in einer verantwortungslosen dänischen Politik, geprägt von Phantasievorstellungen und skandinavischen Träumen. Mit anderen Worten: Die Niederlage war selbst verschuldet, und die Verantwortung dafür lag bei den Dänen selber. Die Lehre, die sie daraus zogen, besagte, dass das kleine Land sich den Großmächten – insbesondere Deutschland – anzupassen habe und in Zukunft keine aktive Außenpolitik mehr spielen solle.“ Glenthøj meint, keine dieser beiden traditionellen Auffassungen sei völlig aus der Luft gegriffen: „Aber in ihrer jeweiligen Absolutheit sind sie irreführend, denn sie vereinfachen einen ungeheuer komplexen Verlauf.“

Nach und nach gewann die Interpretation der „radikalen“, d.h. linksliberalen, Historiker, die Oberhand. Nach Meinung des „radikalen Historikers“ Aage Friis war die Ursache für die militärische Niederlage 1864 darin zu sehen, dass die Nationalliberalen mit Monrad an der Spitze und einer aufgeheizten öffentlichen Stimmung im Rücken „sich auf eine Auseinandersetzung mit einem übermächtigen Gegner eingelassen hatten, ohne auf die warnenden Stimmen der realistisch Denkenden zu hören, die vorhergesehen hatten, dass unsere eigenen Kräfte überhaupt nicht ausreichten und dass die nicht involvierten Mächte – wenn es zum Schwur käme – uns ganz allein unserem Schicksal überlassen würden.“ Den Worten von Aage Friis lag eine Überlegung zu Grunde, die der geistige Vater der Partei „Det Radikale Venstre“, Viggo Hørup, 1883 während einer Debatte über Militärausgaben im Parlament so formulierte: „Was soll das nützen? Wozu soll das gut sein?“

„Was nach Außen verloren geht, muss nach Innen gewonnen werden“

Rasmus Glenthøj berichtet, dass in der Einschätzung von 1864 nahezu alle Historiker die Auffassung vertraten, die Bedeutung dieses Jahres sei gar nicht hoch genug zu veranschlagen. So bezeichnet der Historiker Tom Buk-Swienty die Niederlage als „Danmarks Stunde Null“, und Hans Vammen fasst sie als „eine griechische Tragödie“ auf. Professor Knud J.V. Jespersen spricht vom „1864-Syndrom“, das zu einer kollektiven, existenziellen Zukunftsangst und zum Hass gegen alles Deutsche führte.

Jespersen unterstreicht das Konstruktive in der Aussage „Was nach Außen ver-

loren geht, muss nach Innen gewonnen werden“. Ironischerweise bedeutete die Niederlage wohl letztlich, dass die tragischen Nationalliberalen – im Grunde unbeabsichtigt – ihr Ziel erreichten: die Schaffung eines dänischen Nationalstaats. Es entstand eine einzigartig homogene Gesellschaft in ethnischer, nationaler, sprachlicher und religiöser Hinsicht, was eine geradezu ideale Ausgangsbasis für die Einführung der Demokratie und die Errichtung eines Wohlfahrtsstaates darstellte.

Rasmus Glenthøj wird im Frühjahr 2014 das Buch „Sønner af de slagne“ („Söhne der Geschlagenen“) herausbringen, in dem er den Versuch unternimmt, 1864 unter einer längeren Zeitperspektive zu betrachten. „Um 1864 zu verstehen, muss man von der Niederlage 1814 und dem Verlust Norwegens ausgehen. Zu jenem Zeitpunkt wurde aus Dänemark ein Kleinstaat mit einer entsprechenden Kleinstaat-Mentalität, was also 1814 und nicht erst 1864 seinen Anfang nahm, wie immer wieder behauptet wird.“

Der Historiker meint, man müsse 1864 in einem europäischen Kontext sehen: „Die Napoleonischen Kriege hatten zum Untergang von mehreren hundert Staaten geführt, und 1864 befand sich auch der dänische Staat am Abgrund. In ganz Europa war die vorherrschende Meinung, dass allein große Staaten überleben könnten und dass der ganze Kontinent nur aus 10 bis 12 Staaten bestehen sollte, von denen Skandinavien dann einer wäre. Mit anderen Worten: Es herrschte eine weit verbreitete Angst vor dem Untergang in den Jahren, die 1864 vorausgingen. In Bezug auf die Schleswigschen Kriege 1848 und 1864 ist es wichtig, sich darüber im Klaren zu sein. Und dies war nicht nur das Ergebnis eines übertriebenen und arroganten Nationalismus, sondern speiste sich auch aus der Furcht unterzugehen und von Deutschland aufgesogen zu werden.“

Jens Otto Krag und der König

Vor allem anlässlich der Jubiläen beschäftigte man sich intensiv und kontrovers mit 1864. Der Historiker Jes Fabricius Møller, Universität Kopenhagen, berichtet in einem demnächst erscheinenden Buch über das Haus Glücksburg, dass die unterschiedlichen Auffassungen von Staatsminister Jens Otto Krag und König Frederik IX. bei der großen Versammlung am 18. April 1964 auf den Düppeler Schanzen deutlich zu Tage traten. „Der Hintergrund war, dass Westdeutschland 1955 – zehn Jahre nach dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands – Mitglied der NATO geworden war, und das hatte aus Deutschen und Dänen Verbündete gemacht. Deshalb wünschte Krag einen sensiblen Umgang mit der Erinnerung an den heroischen nationalen Kampf gegen die Deutschen auf der einen Seite und der konstruktiven Pflege einer neuen, auf Verständigung angelegten Nachbarschaft auf der anderen Seite. Was Krag um alles in der Welt vermeiden woll-

te, war, dass 1964 die tiefsitzenden antideutschen Gefühle in der Bevölkerung anlässlich der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag von Düppel zum Ausdruck gebracht würden“, sagt Fabricius Møller.

Staatsminister Jens Otto Krag hatte sich bereits 1963 an Hal Koch (Professor in Kirchengeschichte und eine bekannte Persönlichkeit aus der Zeit der deutschen Besatzung) gewandt und ihn gebeten, eine Rede zu halten. Krag begründete dies damit, dass militärische und nationale Aspekte nicht zu sehr in den Vordergrund rücken sollten. Aus den gleichen Gründen sollte die Rolle des Königs bei dieser Gelegenheit eher untergeordneter Natur sein, wie Krag es in seinem Schreiben ausdrückte: „Unsere Politik setzt ganz bewusst darauf, dem 100. Jahrestag von 1864 ein möglichst geringes militärisches Gepräge zu geben. Dies wird nicht einfach sein, denn es führt kein Weg an einer Einbeziehung des Königs und des Militärs vorbei; es wird Kranzniederlegungen geben, dazu kommen Soldatenverbände, Fahnen und nationales Liedgut mit einem Bezug zu 1864 usw. All dies sollte auf behutsame Weise im Laufe des Vormittags abgewickelt werden. Demgegenüber sollte die große öffentliche Veranstaltung des Nachmittags der besonderen dänischen Art der Selbstbesinnung und des Nachdenkens gewidmet sein, was u. a. ja auch ein Ergebnis von 1864 gewesen ist.“

Bei der Veranstaltung 1964 war dem Staatsminister die Rolle des Hauptredners zugeordnet. An diesem Gedenktag gedachte er der Gefallenen und forderte zur Versöhnung mit den Deutschen auf; er lobte sie als „eine fleißige, europäische Nation, mit der wir auf nahezu allen Gebieten zusammen arbeiten.“ Es klang fast so, als wollte Krag die Niederlage von 1864 feiern: „Aus der Niederlage erwuchs ein dänischer Nationalstaat in wirtschaftlicher und kultureller Blüte mit einer starken, nationalen Volkskultur und fest verankerten demokratischen Institutionen.“

Jes Fabricius Møller berichtet weiter, dass aus der Absicht, Hal Koch bei der Gedenkveranstaltung eine Rede halten zu lassen, nichts wurde, weil Koch zuvor verstarb. „Und was den König betraf, so trat genau das ein, was Krag am allermeisten befürchtet hatte. Das Düppel-Fest geriet zu einer Demonstration der nationalen Verteidigungsbereitschaft, und obwohl im Programm ein Redebeitrag des Königs nicht vorgesehen war, ergriff dieser dennoch das Wort und sprach ohne Manuskript.“

Die Rede von König Frederik IX. begann so: „Düppel! Kein anderer Name hat in Dänemark einen schöneren Klang. Heute wollen wir in tiefer Ehrfurcht all derer gedenken, die hier vor einhundert Jahren gefallen sind. Sie kannten die Worte nicht: ‚Was soll das nützen? Wozu soll das gut sein?‘ Sie kannten nur: ‚Halte stand und greif an!‘ Am Ende mussten sie sich der Übermacht geschlagen geben, aber sie taten dies ehrenvoll für unser altes Land. Als der Krieg vorbei war, begann ein Kampf ohne Waffen, um das Dänentum in diesem Landesteil

zu bewahren. Wir haben allen Grund, hier auch derer zu gedenken, die in all den Jahren einen zähen Kampf geführt haben.“

Nach Jes Fabricius Møllers Einschätzung war es vermutlich nicht die Absicht des Königs, eine provozierende Rede zu halten. „Er hat wohl eher spontan die Stimmung aufgefangen, wie sie unter den rund 40.000 Anwesenden herrschte. Aber der Hinweis auf Viggo Hørups berühmte Replik – ‚Was soll das nützen? Wozu soll das gut sein?‘ – wurde insbesondere bei Det Radikale Venstre als absolut unangebracht aufgefasst, also bei der Partei, die sich in einer Koalition mit Jens Otto Krags Sozialdemokraten befand.“ Die linksliberale Tageszeitung Politiken brachte dann auch einen Kommentar, in dem man den König heftig kritisierte: „Es steht dem König in keiner Weise an, Viggo Hørup und andere, die Weitblick besaßen, zu verhöhnen, denn sie durchschauten die Legenden, die sich um Dänemarks Größe rankten.“

Anders Fogh Rasmussen und die historischen Parallelen

Während Staatsminister Krag bemüht war, das Thema „1864“ nicht zu sehr in den Vordergrund zu rücken, bezog sich der spätere Staatsminister Anders Fogh Rasmussen in Diskussionen gerne auf dieses Schicksalsjahr. Für Fogh stellte die aktuelle aktivistische Außenpolitik Dänemarks geradezu den Gegenpol zum Erbe von 1864 dar. „Der Fall der Mauer bedeutete, dass Dänemark aus dem Schatten von 1864 heraustreten konnte. Mehr als 100 Jahre hindurch war die dänische Außenpolitik die Politik eines Kleinstaates und gleichzeitig eine Politik der Anpassung zunächst an Deutschland, später an die Sowjetunion gewesen“, sagte er im Januar 2003, kurz bevor Dänemark an der Seite der USA in den Irak-Krieg zog.

Im gleichen Jahr stellte er das militärische Engagement Dänemarks in einen weiteren historischen Zusammenhang. Er rechnete mit der Politik der Zusammenarbeit in der Zeit der deutschen Besatzung von 1940-45 ab, indem er den Krieg gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein mit dem Kampf der Widerstandsbewegung gegen die Nazi-Tyrannie verglich.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass auch andere sich berufen fühlen, historische Vergleiche heranzuziehen. So deutet einiges darauf hin, dass Ole Bornedals dänische Fernsehserie Parallelen zwischen 1864 und dem militärischen Engagement Dänemarks in jüngster Zeit zieht. Der Historiker Dr. Jakob Seerup von den beiden dänischen Militärmuseen „Orlogsmuseet“ und „Tøjhusmuseet“ findet denn auch lobende Worte für dieses Projekt: „Diese Fernseh-Reihe wird bestimmt sehr interessant, denn insbesondere eine Sache springt sofort ins Auge, nämlich die mutige und richtige Entscheidung, Parallelen zwischen 1864 – in der Serie als ‚sinnloser Krieg‘ bezeichnet – und dem

Irak-Krieg zu ziehen. Das breite Interesse in allen Bevölkerungsschichten an 1864 und generell an dänischer Militärgeschichte ist grundlegend darauf zurückzuführen, dass Dänemark sich in den letzten Jahren dazu entschlossen hat, erneut zu den kriegführenden Nationen zu gehören“, lautet die Einschätzung von Jakob Seerup. „Dies führt zu folgender Diskussion: Man kann die Meinung vertreten, 1864 und der Irak-Krieg seien beide aus kurzsichtiger, populistischer Tagespolitik entstanden. Andererseits lässt sich aber auch behaupten, die aktive Teilnahme am Irak-Krieg beziehe ihre Legitimation aus den Bündnisverpflichtungen. Dies ist so zu verstehen, dass Dänemark durch die Teilnahme am Krieg seine Stellung als ‚best ally‘ insbesondere im Verhältnis zu den USA gestärkt hat. Umgekehrt war der Krieg von 1864 gerade dadurch charakterisiert, dass Dänemark isoliert war und über kein belastbares Bündnissystem verfügte. Aber beide Kriege – und im Grunde alle Kriege – hinterließen tiefe Wunden und führten zu schmerzlichen Verlusten bei den Betroffenen. Dies mag banal klingen, aber als historischer Bezugsrahmen, der ein heutiges Publikum erreichen will, ist es durchaus berechtigt, als Ausgangspunkt den Schmerz, die Verluste und die Konsequenzen für die Überlebenden zu wählen.“

Der Historiker Rasmus Glenthøj sieht das Filmprojekt jedoch erheblich kritischer: „Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, aktuelle Parallelen zu ziehen, aber das bisherige Konzept zeugt von einer einseitigen Interpretation der Ereignisse. Den Politikern im Allgemeinen und Monrad im Besonderen ist in der Serie anscheinend die Schurkenrolle zugeordnet: aus Arroganz, Nationalismus und Übermut hätten sie Dänemark ins Unglück geführt. Ein diabolischer Monrad wird für eine unverantwortliche Politik verantwortlich gemacht. Da liegt der Gedanke nahe, die heutigen Politiker sollten für ihre unverantwortliche Politik verantwortlich gemacht werden, indem man ihnen eine eindimensionale Interpretation von ‚1864‘ um die Ohren haut. Offenbar hat man an keiner Stelle berücksichtigt, dass sich Dänemark in den Jahren vor 1864 in einer hoffnungslosen Lage befand, wo es lediglich die Wahl zwischen Pest und Cholera hatte,“ lautet die Einschätzung Rasmus Glenthøjs.

Die Fernsehserie wird 2014 gewiss zu Diskussionen führen. Aber das muss bedeuten, dass das alte „Wundfieber“ der Dänen immer noch nicht heilen will. Andere Historiker haben darauf hingewiesen, dass wir nun allmählich dieses alte Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den Deutschen abgelegt haben, als Dänemark bei der Fußball-Europameisterschaft 1992 Deutschland im Finale schlug. Es war ein warmer Abend im Juni, an dem die Dänen zu Hunderttausenden auf die Straßen strömten und sangen „Deutschland, Deutschland – alles ist vorbei, alles ist vorbei.“ Das Wundfieber von 1864 – es war überwunden.

Übersetzung: Eckhard Bodenstein

Anpassung – Selbstgleichschaltung – Zerschlagung

Die Gewerkschaften in Flensburg und im Reich nach der Machtübertragung an Hitler 1933

von MICHAEL RUCK

Am 2. Mai 2013 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund Schleswig-Holstein Nordwest aus Anlass des 80. Jahrestages der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch das NS-Regime in der Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig die Abendveranstaltung „2. Mai 1933. Nie wieder!“ mit Prof. Dr. Michael Ruck von der Universität Flensburg ausgerichtet. Aus seinem Vortrag ist dieser Beitrag hervorgegangen.¹

Die Redaktion

Der 2. Mai 1933 in Flensburg

Vor 80 Jahren, am 2. Mai 1933, es war ein freundlicher Frühlingsdienstag, hallte unüberhörbar das Horst-Wessel-Lied durch das Burgviertel in Flensburg. Triumphierend grölten uniformierte Leute der SA und der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) die NS-Hymne aus den Fenstern des Gewerkschaftshauses in der Schloßstraße 44/46. So berichtete es der nachmalige IG-Metall-Bevollmächtigte Hans Nielsen (1904-1982) 1980 in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen.²

Weisungsgemäß unbehelligt von polizeilichen Ordnungskräften,³ welche das Anwesen seit den vorübergehenden Besetzungen und Schließungen am 17. März und 1. April bewachten,⁴ hatte der NS-Mob das Refugium der Flensburger Arbeiterbewegung am späten Vormittag planmäßig besetzt, die Kassen gestohlen und Akten an sich gebracht. Für Mitglieder und Funktionäre war das Gewerkschaftshaus wohl schon am Vortag nicht mehr zugänglich gewesen.⁵

Im Zuge dieser überfallartigen Aktion vorübergehend festgesetzt wurden der 1. Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) Wilhelm Kähler (geb. 1877)⁶, der Ortsausschuss-Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund), Wilhelm Nicolaysen, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wilhelm Haberlandt (geb. 1878)⁷ sowie der Sekretär des Baugewerksbundes Max Beyreis (1900-1973), nach 1948 langjähriger Vorsitzender des Flensburger DGB.⁸ Diese Vorsichtsmaßnahme der neuen Machthaber



Abb. 1
 „Vor 80 Jahren: Besetzung
 des Gewerkschaftshauses
 durch die Nationalsozia-
 listen.“ Provisorische
 Gedenktafel des DGB
 Region Nordwest vor dem
 früheren Gewerkschafts-
 haus in der Flensburger
 Schloßstraße, 1. Mai 2013

erwies sich jedoch als überflüssig. Denn Gegenwehr hat es in Flensburg am 2. Mai 1933 ebenso wenig gegeben wie irgendwo anders in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein,⁹ in den Hansestädten Lübeck und Hamburg oder im übrigen Reichsgebiet südlich der Elbe. Hier oben im Norden wie nahezu überall anderwärts in Deutschland hielten sich die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre an die Weisung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), „dass nach Möglichkeit mit der N.S.B.O und der nationalsozialistischen Partei zusammenzuarbeiten ist, um das Vermögen und die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten.“¹⁰

Dieses defensive Kalkül ging nicht auf. Der 2. Mai 1933 markiert das vorläufige Ende der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die erst nach dem – von außen

herbeigeführten – Zusammenbruch der NS-Herrschaft 12 Jahre später an den Wiederaufbau gehen konnte. Wie überall sonst fiel das gesamte Sach- und Geldvermögen der Arbeitnehmerverbände auch in Flensburg wenig später an die Deutsche Arbeitsfront (DAF).¹¹ Der Flensburger ADGB-Vorsitzende Georg Ruser (geb. 1878) vom Baugewerksbund stand seit 1933 unter andauernder Polizeiaufsicht und wurde im Zuge der „Aktion Gewitter“ nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 in KZ-Haft genommen.¹²

Nach der ersten Zusammenkunft des „gleichgeschalteten“ DMV sollen Metallarbeiter nach dem zitierten Bericht Hans Niensens im usurpierten Gewerkschaftshaus die „Internationale“ angestimmt haben.¹³ Ansonsten herrschte äußere Ruhe unter der Flensburger Arbeitnehmerschaft.¹⁴

Die hiesigen Ereignisse waren lokale Facetten eines Szenarios, das sich in ganz Deutschland angebahnt hatte, seit der „Führer“ der NSDAP am 30. Januar 1933 nach einer gelungenen Intrige vom greisen Reichspräsidenten Hindenburg überraschend zum Chef eines Präsidialkabinetts ernannt worden war, das sich zunächst auf eine Minderheitskoalition seiner NS-Bewegung mit Hugenberg's Deutschnationalen stützte. Nur ein Vierteljahr später lag die freiheitliche Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland geschlagen und entehrt am Boden. Im Folgenden sollen die wesentlichen Etappen dieses folgenschweren Prozesses gerafft in Erinnerung gerufen werden.

Der 30. Januar 1933 im Reich

Die Machtübertragung an Hitler traf die Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung unvermittelt. Am Ende des Katastrophenjahres 1932 hatten sie – wie viele andere auch – gehofft, die Nationale Rechte befände sich nach der für sie enttäuschend verlaufenen Reichstagswahl am 6. November auf dem absteigenden Ast. Doch nun drohte jener befürchtete „Zuchthausstaat“, den man wenige Monate zuvor helllichtig prophezeit hatte, unversehens Wirklichkeit zu werden.¹⁵ Wieder einmal riefen die Kommunisten sofort zum Generalstreik auf. Die Verantwortlichen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sahen zwar ebenfalls die „Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft“ für den Fall bedroht, dass es nun tatsächlich zur „Zerschlagung der Demokratie“ käme. Einstweilen müsse aber „kühles Blut und Besonnenheit“ bewahrt werden, um für den so genannten „Ernstfall“ gewappnet zu sein.¹⁶ Nach dem Hitler-Putsch im Herbst 1923 und zuletzt nach Papens „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 hatten die Aufrufe ganz ähnlich geklungen. Auch über die gegenwärtige Krise wollten die Führungen ihre Organisationen und die elementaren Arbeitnehmerrechte möglichst unbeschadet hinweg retten.

Die kommunistischen Einheitsfront-Avancen wurden ignoriert. Auch in Flensburg

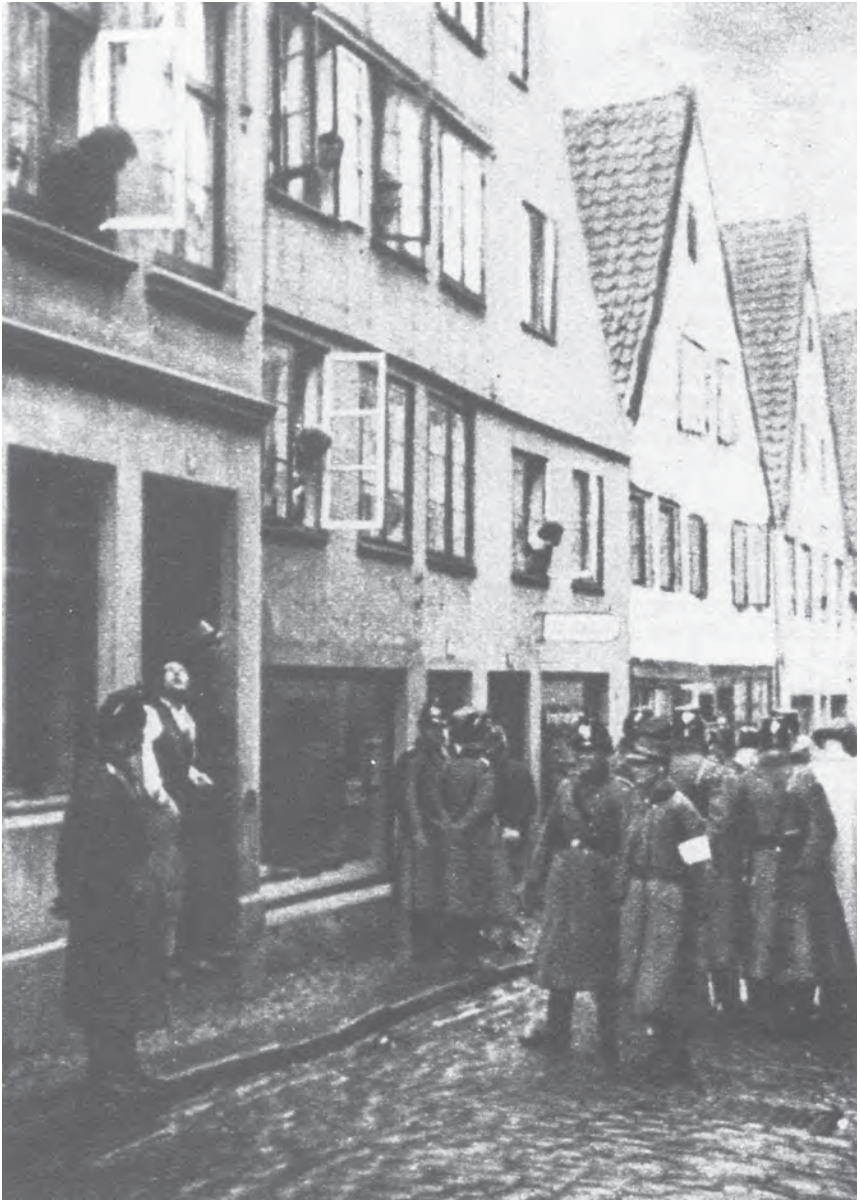


Abb. 2 Razzia gegen Angehörige der Arbeiterbewegung, vorwiegend aus dem Umfeld der KPD, in der Flensburger Neuen Straße, Frühjahr 1933

demonstrierten die beiden rivalisierenden Flügel der Arbeiterbewegung zunächst getrennt gegen die Regierung Hitler-Hugenberg-Papen. Und als es am 8. Februar 1933 im Gewerkschaftshaus an der Schlossstraße dann doch zu einer ersten gemeinsamen Kundgebung kam, waren die örtlichen KPD-Organisationen schon durch Verhaftungen stark dezimiert und kaum noch aktionsfähig. Während der folgenden Wochen wurden auch aus den Reihen der sozialdemokratischen Organisationen in der Fördestadt Dutzende Partei- und Arbeitnehmerfunktionäre in „Schutzhaft“ genommen. Die einschüchternde Wirkung dieser obrigkeitlichen Drangsalierungen blieb nicht aus.¹⁷

Angesichts dessen, was noch kommen sollte, mutet die Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung kritikwürdig an. Doch waren 1932/33 die Gräben zwischen den verfeindeten Arbeiterbewegungen zu tief, die allgemeinen Machtverhältnisse zu eindeutig, die Arbeitnehmerschaft nach drei Krisenjahren zu apathisch, als dass ein Generalausstand auch nur eine winzige Erfolgchance besessen hätte. Niemand konnte (und kann rückblickend) von den Gewerkschaftsführern erwarten, dass sie ihre Anhängerschaft sehenden Auges in einen selbstmörderischen Bürgerkrieg schickten, nur um sich einen heroischen Abgang aus der Geschichte zu sichern. Die Absage an einen politischen Massenstreik als Antwort auf Hitlers Ernennung zum Regierungschef war nach Lage der Dinge kein „Verrat“, sondern ein Gebot verantwortungsbewussten Handelns.

Vor der Schicksalswahl

Ihre Ehre hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung Anfang Februar 1933 noch nicht verloren. Allerdings deutete sich in den Stellungnahmen der Arbeitnehmerorganisationen zur „Regierung des nationalen Zusammenschlusses“ bereits ihr fataler Anpassungskurs der nächsten Wochen an.

So versicherte der ADGB-Vorstand, bei aller grundsätzlichen Skepsis würden „die Gewerkschaften [...] im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen“.¹⁸ Im Aufruf des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften offenbarte sich ebenfalls ein hohes Maß an opportunistischer Ausrichtung auf die jeweiligen Inhaber der staatlichen Macht, das für die Zukunft nichts Gutes verhieß.¹⁹ Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) sandte dem neuen Kanzler gar ein Glückwunschtelegramm.²⁰ Und die Mitzeichnung des gemeinsamen Protestaufrufs vom 30. Januar 1933 durch den christlich-nationalen Dachverband DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) scheiterte am Veto dieser größten, traditionell antisemitisch ausgerichteten und mittlerweile nationalsozialistisch dominierten Angestelltenorganisation.²¹

Als Chef eines Minderheitskabinetts von Hindenburgs Gnaden hatte Hitler sofort den Reichstag auflösen lassen, um den kalten Staatsstreich vom 30. Januar

1933 im Nachhinein plebiszitär zu rechtfertigen. Sozialdemokratie und Zentrum wie auch die drei Gewerkschaftsrichtungen ließen sich darauf ein. Obwohl der Wahlkampf unter offenkundig irregulären Bedingungen ablief, akzeptierten die Arbeitnehmerorganisationen das bevorstehende Votum vom 5. März 1933 schon vorab als Volksabstimmung über „die künftige Gestalt des deutschen Staates“.²² Nur halbherzig warfen die Gewerkschaftsführer nochmals das Gewicht ihrer Organisationen zugunsten der ihnen jeweils nahe stehenden Parteien in die Waagschale. Erstmals nannten ADGB und AfA-Bund in ihrem Wahlauf Ruf die SPD nicht mehr beim Namen. Stattdessen wurden unablässig die „Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat“²³ hervorgekehrt. Unverkennbar wollte man sich den kommenden Wahlsiegern als loyaler Partner beim „nationalen Wiederaufbau“ anempfehlen.

Auf der schiefen Bahn

Auf dieser abschüssigen Bahn gab es nach dem knappen Wahltriumph von NSDAP und DNVP²⁴ kein Halten mehr. Ohne das Ergebnis vom 5. März auch nur ansatzweise in Zweifel zu stellen, knüpften die Gewerkschaftsführer nun an jene Doppelstrategie an, die Mitte 1932 schon unter Reichskanzler von Papen eingeleitet worden war: parteipolitische Selbstneutralisierung und vorbehaltlose Hinwendung zum autoritären Staat.

Am 21. März übermittelte der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart dem Reichskanzler eine Erklärung, die in dem Kernsatz gipfelte: „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.“²⁵ In vielen Verbandszeitungen konnten es die eigenen Funktionäre und Mitglieder nun ähnlich lesen. Die Führungsgremien der Christlichen Gewerkschaften hatten ihr Bekenntnis zu einer unpolitischen Vertretung der Arbeitnehmerbelange im Rahmen „eine(r) organische(n), vom Willen zur Selbstverantwortung getragene(n) berufsständische(n) Sozialordnung“ bereits unmittelbar nach der Reichstagswahl öffentlich abgelegt.²⁶

Am 29. März 1933 distanzierte sich der ADGB mit einem zweiten Schreiben Leiparts an Hitler offiziell von der Bruderpartei und bot Regierung wie Unternehmern nochmals eine loyale Zusammenarbeit auf dem Boden der neuen Ordnung an. Der AfA-Bund hatte sich schon am Vortag zur „Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien“ bekannt und seine Selbstaflösung zum 30. April eingeleitet. Zugleich war der AfA-Bundsvorsitzende und SPD-Reichstagsabgeordnete Siegfried Aufhäuser von seinen Vorstandskollegen zum Rücktritt „überredet“ worden, weil er ihnen als Jude und linker Sozialdemokrat nicht mehr tragbar erschien.²⁷ Sein Fraktionskollege Franz Scheffel gab am 29. März mit zwei Vorstandskollegen „freiwillig“ sein Amt als Vorsitzender des Einheitsverbandes

der Eisenbahner Deutschlands auf, weil „die unpolitische gewerkschaftliche Bewegung des Eisenbahnpersonals nicht durch ihre bisherige Arbeit Schaden erleiden“ solle.²⁸ Ähnliches geschah in vielen anderen Verbänden.

Wie schon die Pseudowahl vom 5. März 1933, so erkannte der ADGB auch das am 23. März gegen die Stimmen der SPD-Fraktion verabschiedete Ermächtigungsgesetz wider besseres Wissen als legitimen Akt demokratischer Willensbildung an: „Der Kampf um die Herrschaft im Staate hat mit dem Siege der NSDAP geendet“²⁹. Diese Kapitulationserklärung garnierte die „Gewerkschaftszeitung“ mit einem beifälligen Kommentar zu den sozialpolitischen Aussagen der Regierungserklärung Hitlers.

Während des Bismarckschen Sozialistengesetzes hatte die Arbeiterbewegung unter den Parolen gekämpft: „Lasst euch nicht provozieren! Man will schießen!“ – „An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen.“³⁰ Ein halbes Jahrhundert später musste ihr traditioneller Legalismus unter ganz anderen Umständen dazu herhalten, die freigewerkschaftliche Anbiederung an ein Regime zu rechtfertigen, dessen gewalttätigen Unrechtscharakter viele Funktionäre und Mitglieder überall im Reich bereits handgreiflich zu spüren bekamen.

Von der autonomen Interessenvertretung zur Staatsgewerkschaft?

Rasch ging nun der gewerkschaftliche Anpassungskurs in die offene Selbst-„Gleichschaltung“ über. Am 9. April erklärte sich der ADGB-Bundesausschuss bereit, die „Selbstorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates zu stellen“, an dem „geplanten berufsständischen Aufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten“ und die angestrebte „Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens“ zu unterstützen. Zu diesem Zweck schlugen die freigewerkschaftlichen Verbandsvorstände der Regierung vor, alsbald einen „Reichskommissar für die Gewerkschaften“ einzusetzen. Denn die „eigene Bewegungsfreiheit“ müsse „ihre Grenze finden [...] an dem höheren Recht des Staates als der Repräsentation der gesamten Volksgemeinschaft“.³¹

Noch einen Schritt weiter ging der Gewerkschaftsbund der Angestellten. Am 11. April 1933 unterbreitete er Hitler einen eigenen „Plan zur Vereinheitlichung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung“.³² Der ehemals „freiheitlich-nationale“, mittlerweile jedoch wie der DHV von Nationalsozialisten unterwanderte Verband wollte sämtliche Arbeitnehmerverbände unter dem Dach eines „Nationalen Gewerkschafts-Bundes“ in einer „Deutschen Arbeiter-Gewerkschaft“ und einem „Deutschen Angestellten-Verband“ zusammenfassen. „Arbeits-Ausschüsse“ dieser Einheitsgewerkschaft sollten mit den Berufs- oder Branchenvertretungen der „Arbeitgeber-Spitzenorganisation“ unter Leitung einer paritätischen Zentralkommission feste „Arbeitsgemeinschaften“ bilden. Dort wie auch im Vorstand

des „Nationalen Gewerkschafts-Bundes“ wäre die Reichsregierung nach den Vorstellungen des GDA direkt vertreten gewesen. In ihren „Leitsätzen“ sollte sich diese Einheitsorganisation ausdrücklich „zu dem durch die Umwälzung geschaffenen nationalen Staat“ sowie zur strikten Trennung von gewerkschaftlicher und politischer Arbeit bekennen. Dieser Plan der sozial-liberalen Angestelltenverbände würdigte die unabhängigen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerschaft zu staatlich gelenkten Pseudo-Gewerkschaften herab. Unverkennbar hatte bei seiner Formulierung das faschistische Ordnungsmodell Italiens Pate gestanden. Am 28. April erklärte schließlich ein neu gebildeter „Führerkreis“ der Arbeitergewerkschaften aller Richtungen, dem „volklichen Einheits- und Machtwillen“ des „neuen Staat(es)“ der „nationalen Revolution“ durch die Vereinigung ihrer Organisationen zu „einer einzigen umfassenden, nationalen Organisation der Arbeit“ Rechnung tragen zu wollen.³³ Damit wurde auch ein Hinweis aufgegriffen, den der ADGB-Vorstand aus einer informellen Unterredung mit NSBO-Vertretern am 13. April mitgenommen hatte.³⁴

Doch alle Anpassung war vergebens: Am 16./17. April beschloss die Führungsspitze der NSDAP die gewaltsame Übernahme und bereits vier Tage später ging der geheime Einsatzplan für eine reichsweite „Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften“ heraus. Deren Beginn wurde auf den 2. Mai 1933, 10.00 Uhr terminiert.³⁵

Der „Tag der nationalen Arbeit“

Bereits am 10. April hatte die Reichsregierung den 1. Mai mit einer scheinbaren Versöhnungsgeste zum gesetzlichen Feiertag erklärt: „Die Einführung des Feiertags der nationalen Arbeit am 1. Mai soll ein sichtbares Symbol schaffen für den Anbruch einer neuen deutschen Volksgemeinschaft. An diesem Tage soll das deutsche Volk seiner unauflöselichen Schicksalsverbundenheit mit der deutschen Arbeiterschaft, der deutsche Arbeiter seiner Solidarität mit dem Volksganzen in feierlicher, von starkem Zukunftshoffen beseelter Form Ausdruck geben.“³⁶

Machtpolitisch brauchte das kommende NS-Regime die organisierte Arbeitnehmerschaft zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu fürchten. Doch Hitlers Chefpropagandist Goebbels, der Initiator dieses überraschenden Coups, dachte über die aktuelle Kräftekonstellation weit hinaus. Um das latente Oppositionspotential der organisierten Arbeitnehmerschaft auf lange Sicht wirkungsvoll auszuschalten, genügte es aus Sicht der Nazi-Strategen eben nicht, lediglich die Gewerkschaftsverbände in eigene Regie zu nehmen oder zu verbieten. Ihr zynisches Machtkalkül zielte darauf ab, den am Boden liegenden Gegner nicht nur organisatorisch zu vernichten, sondern ihm auch die moralische Integrität und die Identität stiftenden Symbole zu rauben.

In diesem Zusammenhang kam dem Maifeiertag eine herausragende Bedeutung zu. Dessen demonstrative Übernahme und Umdeutung sollten die Gewerkschaftsführer nochmals vor aller Welt demütigen, bevor ihre totale Niederlage mit der parallel vorbereiteten „Gleichschaltungsaktion“ auch formal besiegelt wurde. Auf der anderen Seite wollte man dieses durchsichtige Manöver nicht wahrnehmen. Die Gewerkschaftsspitzen aller Richtungen beeilten sich, den Machthabern ihre Beteiligung am Staatsakt anzudienen. Bereits am 11. April wurde eine Abordnung der Christlichen Gewerkschaften bei Goebbels persönlich vorstellig. Der Vorstand des ADGB gab am 15. April einen Aufruf heraus, in dem der Schritt der Reichsregierung begrüßt wurde, und in einer dazu vom Bundesausschuss am 19. April angenommenen Erklärung wurde die deutsche Arbeiterschaft ausdrücklich zur Teilnahme an den offiziellen Maifeierlichkeiten aufgerufen.³⁷ Diese Proklamation bildete den letzten Anlass für den Internationalen Gewerkschaftsbund, sich drei Tage später endgültig von der deutschen Landeszentrale zu trennen. Damit waren die Brücken zu jenen Bruderorganisationen im Ausland abgebrochen, mit denen man seit vier Jahrzehnten am 1. Mai für die soziale und politische Emanzipation der Arbeiterklasse demonstriert hatte. Der ADGB biederte sich nun gemeinsam mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen umso heftiger dem „neuen Staat“ an, der „weder klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität“ kenne.³⁸

Am 29. April 1933 veröffentlichte die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB (GZ) in ihrer letzten Ausgabe zwei Betrachtungen zum bevorstehenden Maifeiertag, deren unsägliche Anpassungsrhetorik alle vorangegangenen Unterwerfungsgesten noch in den Schatten stellte.³⁹ Das zentrale Motiv des neuen „Volksfest(es) der nationalen Arbeit“, versicherte die GZ im Leitartikel, befinde sich im vollen Einklang mit der „Tradition des Maifestes der Gewerkschaften“. In dessen Mittelpunkt habe seit jeher der Appell an das „ganze deutsche Volk“ gestanden, nicht etwa die Absicht, die Arbeiterschaft von den anderen „Ständen und Schichten“ abzusondern. Die Sprachrohr des ADGB fuhr dann fort: „Und so werden denn auch am 1. Mai die Träger dieser Tradition, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, mit jenen marschieren, die den Bannern der Vorkämpferschaft des Staates vom 5. März folgen.“ In einem weiteren Artikel versuchte das freigewerkschaftliche Bundesorgan „vom Sozialismus her eine Stellung zur nationalen Revolution zu finden“: „Von dem traditionellen Gedankengut des Maifestes der Arbeiterbewegung ausgehend (findet sich) ein Weg, der hinführt zu dem Sinn, den die Regierung dem neuen Volksfeiertag zu geben gedenkt.“ „Insofern dürften auch die „Besiegten“ (sic!) den 1. Mai 1933 als einen „Tag des Sieges“ feiern – so lautete die bizarre Dialektik dieses auch heute noch beschämenden Elaborats.

Als sich am „Tag der nationalen Arbeit“ in ganz Deutschland große Demonstra-



Abb. 3 Umzug am ersten „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933 in Flensburg. Hier Beamte und Angestellte der Kreisverwaltung beim Marsch durch die Große Straße zum Exerzierplatz (Exe)

tionszüge generalstabsmäßig geplant auf die Kundgebungsplätze zu bewegen – in Flensburg kamen am frühen Abend wohl an die 10.000 Menschen auf der Exe zusammen⁴⁰ –, da zogen sie an schwarz-weiß-rot beflaggten Gewerkschaftshäusern vorbei, und mancher Gewerkschafter marschierte mit unter dem Hakenkreuzbanner.⁴¹

Die Bindung an die sozialistischen Bruderorganisationen, das Bekenntnis zur demokratischen Republik, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse – diese und andere Kernbestandteile der eigenen Identität hatten die Freien Gewerkschaften bereits in den voraus gegangenen Wochen geflissentlich über Bord geworfen, um die organisatorische Hülle ihrer Bewegung über die „nationale Revolution“ hinweg in das „Dritte Reich“ und darüber hinaus zu retten. Und nun lieferten sie den Nazis in einem letzten Akt der Selbstentäußerung auch noch das herausragende Symbol der sozialistischen Arbeiterbewegung aus.

Ungehört hatten die Leitungsgremien der SPD die Gewerkschaften zum Boykott der NS-Maifeierlichkeiten aufgerufen, vergebens hatte der Parteivorsitzende Otto Wels sie am 26. April nochmals beschworen: „Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte.“⁴²



Abb. 4 Nationalsozialistische Großkundgebung auf dem Exerzierplatz (Exe) in Flensburg am 1. Mai 1934

Das Ende

Doch auch diese Selbstaufopferung war umsonst. Am 2. Mai 1933 setzte die nationalsozialistische „Gleichschaltungsaktion“ der Freien Gewerkschaftsbewegung ein Ende. Nennenswerten Widerspruch oder gar Widerstand gab es kaum. Am 3./4. Mai folgten die übrigen Arbeitnehmerorganisationen der ultimativen Aufforderung, sich „freiwillig“ dem NS-Aktionskomitee zum Schutze der Deutschen Arbeit zu unterstellen. Alle Dachverbände wurden sofort aufgelöst, die „gleichgeschalteten“ Einzelgewerkschaften unter der Leitung von NSBO-Kommissaren in die wenige Tage später gegründete DAF überführt. Mit der Einsetzung von staatlichen „Treuhandern der Arbeit“ im Juni 1933 und der Umgestaltung der DAF zu einer berufsständischen Pflichtorganisation aller deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Januar 1934 wurden auch die letzten Reste eigenständiger Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft getilgt.

In den folgenden Monaten und Jahren gingen einige Gewerkschafter in die Emigration oder in den Widerstand, die meisten jedoch verharrten bis 1945 im mehr oder minder resistenten „Wartestand“.⁴³ Mit Blick auf Flensburg bedeutete das

zwar keineswegs, dass die lokale Arbeiterbewegung sich durchweg vollkommen widerspruchslos in die NS-Herrschaft gefügt hätte. Vielmehr ist erst jüngst wieder auf „eine nennenswerte Zahl von Sozialdemokraten“ hingewiesen worden, die auch hier im Norden „ihren Unmut öffentlich“ zu äußern wagten. Doch waren diese „sozialdemokratischen Regimegegner [...] Kritiker, keine Umstürzler“.⁴⁴ Auch die kommunistische Widerstandsgruppe in Flensburg vermochte ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten trotz eines hohen Verfolgungsdrucks über die 1930er Jahre hinweg in kleinstem Rahmen aufrecht zu erhalten, bis sie nach der Besetzung Dänemarks im April 1940 durch die Gestapo gänzlich lahm gelegt wurde. Doch irgendwelche Impulse für eine organisierte Oppositionsarbeit konnten von ihr unter den obwaltenden Zwangsbedingungen und angesichts der mittlerweile hinreichend belegten Unterstützung großer Teile der deutschen Bevölkerung für Hitler und sein Regime ebenfalls nicht ausgehen.⁴⁵

1933 – Schlusspunkt eines Irrwegs ?

Mit der Teilnahme am nationalsozialistischen Maispektakel hatte die gewerkschaftliche „Kapitulation auf Raten“⁴⁶ ihren Höhe- und Endpunkt erreicht. Dieser Anpassungskurs ist vor allem von der „marxistisch-leninistischen“ Geschichtsschreibung als Verrat gegeißelt worden, der sich zwangsläufig aus den Sündenfällen der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer von 1914 und 1918/19 ergeben habe. Demgegenüber gilt es zwei Dinge festzustellen: Erstens gibt es keinen Anlass, an den lauterer persönlichen Motiven jener Männer in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften zu zweifeln, die sich – wie so viele andere auch – den hohen Ansprüchen, welche die historische Ausnahmesituation an sie stellte, letzten Endes nicht gewachsen zeigten. Und zweitens hat nicht etwa die Arbeiterbewegung, jedenfalls nicht die demokratische, die erste deutsche Republik unterminiert und die Überreste den Nazis ausgeliefert – das besorgten die alten, konservativ-reaktionären Eliten in Wirtschaft und Politik, Verwaltung und Justiz, Wissenschaft und Militär ganz allein. Doch frei von Schuld am Scheitern des demokratischen und sozialen Experiments von Weimar waren die Gewerkschaftsführer mitnichten. Es lassen sich schwere Fehler und Versäumnisse benennen, mit denen sie dessen Feinden auf der Rechten und im Unternehmerlager das unheilvolle Spiel erleichtert haben.

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die grundlegende Schwäche gewerkschaftlicher Politik zwischen 1914 und 1933 zu verweisen: das im Ganzen übermächtige Vertrauen aller Gewerkschaftsrichtungen auf den Staat als vermeintlich neutralen Hüter des Gemeinwohls im politischen und gesellschaftlichen Interessenstreit und Machtkampf.

Es bleibt festzuhalten: Die entwürdigende Selbstgleichschaltung der Gewerk-



Abb. 5
Das Gewerkschaftshaus in
nationalsozialistischer Hand.
Hier eine Aufnahme aus den „Flens-
burger Illustrierten Nachrichten“ 1933

schaften im Frühjahr 1933 war nicht ohne Alternative – wenn schon nicht kämpfend, so hätte man doch erhobenen Hauptes untergehen können. Der statt dessen gewählte Anpassungskurs war kein vorsätzlicher „Verrat“ der Gewerkschaftsleitungen an der Arbeitnehmerschaft und an den eigenen Traditionen, wohl aber ein Versagen vor der übernommenen Verantwortung und vor der eigenen Geschichte, das auch nach 80 Jahren noch den moralischen Tiefpunkt in der wechselvollen Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung markiert. Viele aus der alten Garde der Weimarer Gewerkschaftsführer wollten das nicht wahrhaben. Einige der jüngeren Funktionäre liefen sogar zu den neuen Machthabern über. Aus dem gewerkschaftlichen Widerstand und Exil hingegen wurden zwei grundlegende Lehren aus der schmachvollen Erfahrung von 1933 in die Nachkriegszeit mitgenommen: nach außen ein klares Bekenntnis zur parlamentarisch-pluralistischen Parteien- und Verbändedemokratie westlicher Prägung und nach innen der unbedingte Wille, die weltanschauliche, standesmäßige und berufsorientierte Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein für allemal hinter sich zu lassen.⁴⁷

Der Aufbau des im Herbst 1949 in München gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes als weltanschaulich heterogene Föderation großer Industrie- und

Regieverbände und das wirkungsvolle Eintreten des DGB für die soziale und demokratische Weiterentwicklung von marktwirtschaftlichen Strukturen und politischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland waren bedeutsame Konsequenzen dieses Lernprozesses, die bis heute nachwirken. Neben dem stets beherzigenswerten Motto der Flensburger Gedenkveranstaltung – „Nie wieder!“ – ist dies das gute Vermächtnis des gewerkschaftlichen Desasters von 1933.

Anmerkungen

- 1 Die Grenzfriedenshefte haben zu den Ereignissen vom Frühjahr 1933 bereits vor 40 Jahren einen ersten Beitrag veröffentlicht. Darin wird der Anpassungskurs der Gewerkschaftsführungen in Deutschland im Angesicht der NS-„Machtergreifung“ kritisch mit jener Politik der „Zusammenarbeit“ kontrastiert, welche die Führung des Dänischen Gewerkschaftsbundes von 1940 bis 1942 unter deutscher Besatzungsherrschaft verfolgte: Gerhard Beier, Kollaboration mit dem Nationalsozialismus? (I./II.), in: GFH 1973, Nr. 1, S. 43-50; Nr. 2, S. 81-88. Der als Sohn des langjährigen GFH-Schriftleiters Ernst Beier in Flensburg geborene und aufgewachsene Historiker (1937-2000) hat mit seinem wissenschaftlichen Werk einen wesentlichen Beitrag zum zeitweiligen Aufschwung der westdeutschen Gewerkschaftshistoriographie während der 1970/80er Jahre geleistet. Gerd Beier ist dieser Beitrag vom Verfasser und der Redaktion der Grenzfriedenshefte in dankbarem Andenken gewidmet.
- 2 Hans Nielsen, Streifzüge durch mein Leben, Slukefter 1980 (Typoskr.); zit. in: Michael Joho, Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg/Hamburg 1992, S. 436 f.; biografische Angaben: ebd., S. 328.
- 3 Funkspruch des Reichsinnenministers an die Regierungs-Funkstelle Schleswig, 2.5.1933; faks. abgedr. in: Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, S. 436; danach auch in Heinrich Stamp, Die Gewerkschaften in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1933: Von der Anpassung über die Selbstaufgabe zur Gleichschaltung, in: Natur und Landeskunde. Zeitschrift für Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg 110 (2003), Nr. 5-6, S. 126-132, hier S. 129.
- 4 Schreiben des ADGB-Vorstands an Reichspräsident Hindenburg, 5.4.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, Bearb. Peter Jahn, Mitarb. Detlev Brunner, Köln 1988, Dok. 195, S. 873-879, hier S. 875. Zu den Durchsuchungs- und Besetzungsaktionen vom 17.3. und 1.5.1933 vgl. Jens Christian Jacobsen, Die Flensburger SPD in der Zeit der Weimarer Republik: 1924-1933, in: Erika Börm u.a., 125 Jahre SPD in Flensburg 1868-1993, Flensburg 1993, S. 62-98, hier S. 94 f.
- 5 So die auf die zeitgenössische Berichterstattung der Lokalpresse gestützte Darstellung von Jacobsen, Flensburger SPD, S. 95 f.; vgl. auch Ulla Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD in Flensburg bis 1933, in: Börm u.a., 125 Jahre SPD in Flensburg, S. 99-125, hier S. 102; Edith Gerstenberg, Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur 1933-1945, in: ebd., S. 202-222, hier S. 209 f.

- 6 Biografische Angaben: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge 1927, Berlin o.J. (1927), S. 311 f.
- 7 Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Publikation zur Ausstellung im Städt. Museum Flensburg Sept./Okt. 1983, Flensburg 1983, S. 80. Biografische Angaben: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse 1927, S. 311. Zum weiteren Schicksal des 1933 entlassenen Leiters der AOK Flensburg und seines Sohnes Christian vgl. Thomas Pusch, Politisches Exil als Migrationsgeschichte. Schleswig-Holsteiner EmigrantInnen und das skandinavische Exil 1933-1960, Diss. Flensburg 2003, S. 92 f., 103, 106.
- 8 Biografische Angaben: Hans-Holger Paul u.a. (Bearb.), Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung für die zehn westdeutschen Länder und West-Berlin, München u.a. 1993, S. 58-60, hier S. 58. Der Nachlass des nachmaligen Bundesarbeitsrichters befindet sich im Stadtarchiv Flensburg.
- 9 Einen knappen, aber instruktiven Überblick vermittelt Stamp, Gewerkschaften in Schleswig-Holstein. Vgl. auch Detlef Korte/Holger Malterer, Das Kieler Gewerkschaftshaus in Nazihand, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 15-20; Fritz Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997, S. 127 f.
- 10 So die rückblickende Darstellung in einer Kieler Besprechung am 3.11.1945; zit. nach Stamp, Gewerkschaften in Schleswig-Holstein, S. 130. Zur NSBO vgl. Volker Kratzberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, 2. Aufl., Frankfurt u.a. 1989.
- 11 Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, S. 437. Zur DAF jetzt umfassend Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933-1945, Göttingen 2012.
- 12 Ebd., 440; vgl. Gerstenberg, Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur, S. 218. Biografische Angaben: Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, S. 122 f.; vgl. Handbuch Arbeiterpresse 1927, S. 312.
- 13 So die Darstellung von Hans Nielsen (1980); zit. nach Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, S. 437.
- 14 Vgl. Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, S. 102 f.
- 15 Aufruf des ADGB zur Reichstagswahl, 16.7.1932; abgedr. in: Michael Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933. (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 3), Köln 1990, Dok. 32, S. 188 f.
- 16 Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Lage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, 30.1.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 33, S. 190.
- 17 Vgl. zum Vorstehenden Matthias Schartl, Rote Fahnen über Flensburg. KPD, linksradikale Milieus und Widerstand im nördlichen Schleswig-Holstein 1919-1945, Flensburg 1999, S. 138 f., 141 ff., v.a. S. 148.
- 18 Debatte des ADGB-Bundesausschusses zur politischen Lage, 31.1.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 35, S. 193 f.

- 19 Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zur politischen Lage, 30.1.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 35, S. 191 f. Vgl. dazu Michael Schneider, Die christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 757 ff.
- 20 Vgl. Gunter Lange, Die braune Gewerkschaft. In diesen Maitagen gedenken die Gewerkschaften ihrer von den Nazis verfolgten und ermordeten Mitglieder. Und doch gab es eine, die schon früh größte Sympathien für Hitler hegte: Die machtvolle Angestelltengewerkschaft DHV, in: Die Zeit, Nr. 22, 23.5.2013, S. 17. Vgl. weiterhin das Standardwerk von Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV) 1893-1933, Frankfurt 1967; ferner Dieter Fricke/Werner Fritsch, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 1893-1934, in: Dieter Fricke u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 2, Leipzig (LA Köln) 1984, S. 457-475.
- 21 Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Lage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, 30.1.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 33, S. 190. Vgl. dazu Hartmut Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik, Frankfurt u.a. 1986, S. 511 ff.
- 22 Wahlauftritt des ADGB und des AfA-Bundes vom 15.2.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 177, S. 844 f.
- 23 So der Titel eines Aufsatzes des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart in der „Sozialen Praxis“; gleichzeitig abgedr. in: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes [GZ], Reprint Berlin/Bonn 1983, Jg. 43, Nr. 8, 25.2.1933, S. 114-116. Vgl. Bernhard Otte [Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften], Sozialpolitik und Volkstum; auszugsweise abgedr. in: GZ, Nr. 10, 11.3.1933, S. 146 f.
- 24 NSDAP 43,9, DNVP 8,0 Prozent.
- 25 Erklärung des ADGB zur „Neuordnung der Gewerkschaften“, 20.3.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 33, S. 190.
- 26 Entschließung vom 8.3.1933; abgedr. in: Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Hg.), Die Essener Richtlinien der christlich-nationalen Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf o.J. [1933], S. 5 f. Dieses Programm, das die berufsständische Ausrichtung der christlichen Gewerkschaften im einzelnen ausführte, wurde vom GCG-Ausschuss am 16./17.3.1933 verabschiedet; Auszug abgedr. in: Michael Schneider, Zwischen Gegnerschaft und Unterwerfung. Die Christlichen Gewerkschaften und der Nationalsozialismus, in: Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 183-215, hier S. 210-212; ders., Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, 2. Aufl., Bonn 2000, Dok. 19, S. 530-533.
- 27 Vgl. dazu jetzt ausführlich im Zusammenhang der Ereignisse des „Katastrophenjahr(s) 1933“ Gunter Lange, Siegfried Aufhäuser 1884-1969. Ein Leben für die Angestelltenbewegung, Berlin 2013, S. 199 ff.
- 28 GZ, Nr. 14, 8.4.1933, S. 223.

- 29 Das Programm des Kabinetts Hitler, in: GZ, Nr. 13, 1.4.1933, S. 197-199, hier S. 197.
- 30 Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1: Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, 2. Aufl., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 57 (11.6.1878) und S. 59 (29.11.1878); Peter Brandt/Detlef Lehnert, „Mehr Demokratie wagen“. Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010, Berlin 2013, S. 63.
- 31 Der ADGB-Bundesausschuss zur Eingliederung der Gewerkschaften in den „neuen Staat“, 9.4.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 37, S. 197 f.
- 32 Gewerkschaftsbund der Angestellten (Gewerkschaftsring) an Reichskanzler Hitler: Plan zur Vereinheitlichung der Gewerkschaften, 11.4.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 200, S. 884-888.
- 33 Vereinbarung über die Gründung eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“, 28.4.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 39, S. 201 f.; Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 20, S. 533-535. Zu dieser Initiative, der eine gewisse Bedeutung für die Formierung der Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zugeschrieben worden ist, vgl. die Pionierarbeit von Gerhard Beier, Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 365-392; ferner Michael Fichter, Einheit und Organisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Aufbau 1945 bis 1949. (Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 4), Köln 1990, S. 30 f.
- 34 Besprechung zwischen ADGB und NSBO über die Gewerkschaftsfrage, 13.4.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 201, S. 889-892, hier S. 892 (Leuschner).
- 35 Reichsleitung der NSDAP: Rundschreiben über die Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften, 21.4.1933; abgedr. in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung IV, Dok. 206, S. 898-901.
- 36 Zit. nach: Die Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bearb. Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 311 f.
- 37 Beide abgedr. in: Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 21, S. 535 f.
- 38 Vereinbarung über die Gründung eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“, 28.4.1933; abgedr. in: Ruck, Gewerkschaften – Staat – Unternehmer, Dok. 39, S. 201 f.; Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, Dok. 20, S. 533-535.
- 39 Der 1. Mai, in: GZ, Nr. 17, 29.4.1933, S. 257 f.; Walther Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: ebd., S. 259-262.
- 40 Vgl. Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus, S. 69 f.; danach Joho, Geschichte der Metallarbeiterbewegung, 435 f. Zum Tagesprogramm vgl. Lembke, Freie Gewerkschaften und SPD, S. 113.
- 41 Vgl. dazu eingehend Michael Ruck, Vom Demonstrations- und Festtag der Arbeiterbewegung zum Nationalen Feiertag des Deutschen Volkes. Der 1. Mai im Dritten Reich und die Arbeiter, in: Inge Marßolek (Hg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt 1990, S. 171-188.
- 42 Zit. nach: Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Köln 1975, S. 39.

- 43 Vgl. dazu allgemein den Abschnitt „Gewerkschafter im Widerstand und Wartestand“, in: Klaus Schönhoven, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt 1987, S. 190-196; ferner umfassend Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1998; Michael Schneider, *Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933-1939*, Bonn 1999.
- 44 Jens Ch. Jacobsen, „Heimtückische“ Sozialdemokraten in Flensburg 1933-1945, in: *Grenzfriedenshefte* 2012, Nr. 3, S. 167-178, hier S. 174 f.; Gerstenberg, *Flensburger Sozialdemokraten während der NS-Diktatur*, S. 210ff.; ferner Irene Dittrich (Bearb.), *Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945*, Bd. 7, 1: Schleswig-Holstein I – Nördlicher Landesteil, hg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt 1993, S. 92-106.
- 45 Vgl. dazu Matthias Scharl, „... vor allen Dingen Zusammenkünfte und Zellenbildungen verhindern.“ Früher Widerstand aus der kommunistischen Arbeiterbewegung in Flensburg 1933 bis 1937, in: Broder Schwensen u.a. (Red.), *Verführt. Verfolgt. Verschleppt. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft in Flensburg 1933-1945*, Flensburg 1996, S. 148-182, v. a. S. 150, 171, 182; ferner ausführlicher: Ders., *Rote Fahnen über Flensburg*, S. 159 ff., 197 f.
- 46 Heinrich Potthoff, *Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 303.
- 47 Vgl. dazu jetzt Stefan Berger, *Tagungsbericht 80 Jahre Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften – Erfahrungen, Lehren, Erinnerungen*. [Bochum] 13.-15.3.2013, in: *H-Soz-u-Kult* 13.4.2013; URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4756> [14.4.2013]. Der Konferenzband wird in der Schriftenreihe des Instituts für Soziale Bewegungen (ISB) im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets an der Ruhr-Universität Bochum beim Klartext-Verlag (Essen) erscheinen.

„Helden? Verbrecher? Opfer?“

Der Nordschleswiger über die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Im letzten Heft haben wir dem dänischen Historiker und Leiter des Museums Frøslevlejren Dr. Henrik Skov Kristensen Gelegenheit gegeben, sein in Dänemark sehr stark beachtetes Werk über „Das Straflager“ („Straffelejren“) Faarhus 1945-1949 deutschen Leserinnen und Lesern vorzustellen (GFH 1/2013, S. 27-44). Im vorliegenden Beitrag informieren wir über eine auf Kristensens Werk beruhende Dauerausstellung mit dem Titel „Helden? Verbrecher? Opfer?“ („Helte? Forbrydere? Ofre?“), die am 22. März 2013 im Frøslevlejrens Museum eröffnet wurde. Unser Redaktionsmitglied Dr. Jörn-Peter Lepphen dokumentiert dabei auszugsweise die umfangreiche Berichterstattung in der Zeitung der deutschen Minderheit Der Nordschleswiger vom 23./24. März 2013. Die Zeitung informiert nicht nur über die Ausstellungseröffnung und die dort gehaltenen Reden, sondern vermittelt auch lebendige Eindrücke von den nach modernsten museumspädagogischen Gesichtspunkten gestalteten Ausstellungsinhalten. Umfang und Tenor der Berichterstattung belegen, ergänzt durch einen Kommentar des Chefredakteurs Siegfried Matlok, einmal mehr die offene Haltung der Zeitung der deutschen Minderheit gegenüber einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Denn die Insassen des „Straflagers“ Faarhus 1945-1949 stammten größtenteils aus der zuvor mit Nazideutschland verknüpften deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

Die Redaktion

Die Ausstellungseröffnung

Bereits am Tage nach der Eröffnung informierte Der Nordschleswiger (23./24.3.2013) seine Leserinnen und Leser mit mehreren Artikeln, vor allem der Journalistin Claudia Knauer, und einer Reihe eindrucklicher Fotos über die neue Dauerausstellung „Helden? Verbrecher? Opfer?“ in Frøslevlejrens Museum. Auf der Titelseite führt Claudia Knauer in das historisch-politisch bedeutsame Projekt kurz ein und berichtet dann über die bei der Ausstellungseröffnung von kompetenter Seite gehaltenen Reden:

Ein Ort – zwei Namen für ein Lager: Frøslee-Lager während des Zweiten Weltkrieges, Faarhus-Lager nach Kriegsende.

Frølevlejrens Museum wurde 1969 eröffnet. Schon damals forderte der Chefredakteur des Nordschleswigers, Jes Schmidt, auch eine Faarhus-Ausstellung. Daran erinnerte der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, in seiner Rede. Gestern nun wurde diese Forderung, die im Laufe der Jahre zu einem Wunsch wurde, wie Museumsleiter Henrik Skov Kristensen formulierte, Realität. Die Dauerausstellung zum Faarhus-Lager wurde in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder der deutschen Minderheit eröffnet. „Nicht zuletzt für die Mitglieder der deutschen Minderheit in Nordschleswig wurde das Faarhuslager ein starkes Symbol und ein Identifikationspunkt in den Nachkriegsjahren“, so Henrik Skov Kristensen in seiner Begrüßungsrede. Er verwies aber auch darauf, dass Frøslee/Faarhus einen doppelten Symbolwert hat. Für die dänische Seite ist es „ein nationales Denkmal für die deutsche Besatzung und den dänischen Widerstand“.

Auf die Bedeutung für die dänische und die deutsche Seite ging auch Hinrich Jürgensen ein. „Mit der Ausstellung kommt ein Gleichgewicht in die Geschichtserzählung“, er fügte aber hinzu: „Natürlich kann man das Frøslee-Lager und das Faarhus-Lager nicht gleichstellen.“ Er unterstrich: „Das Frøslee-Lager war ein Teil der Besatzung durch Nazideutschland, in dem die dänischen Insassen um ihr Leben fürchten mussten. Als Minderheit haben wir großen Respekt vor den Gefühlen, die die dänische Seite mit dem Frøslee-Lager verbindet.“ Es gebe jedoch auch Ähnlichkeiten, zum Beispiel im Lageralltag. „Für die deutsche Minderheit ist Faarhus auch verbunden mit Erinnerungen und Gefühlen.“ Davor haben wir Respekt, versicherte er und erinnerte auch an die Frauen, die damals allein mit der Verantwortung gestanden hätten.

Einen „Meilenstein“ nannte Hans Schultz Hansen, Leiter des Archivs und Vorsitzender der Historischen Gesellschaft für Nordschleswig, die Ausstellung. In dieser Ausstellung würde nordschleswigsche Geschichte vermittelt, und zwar auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage, was bei einem so heiklen Thema besonders wichtig sei. Das Umgehen mit der Vergangenheit habe sich bei der deutschen Minderheit in den vergangenen Jahren gewandelt, hob Schultz Hansen hervor. Mit dazu beigetragen hätten Bücher wie „Straffelejren“ von Henrik Skov Kristensen – die Grundlage für die neue Dauerausstellung. Daraus resultiere eine „Entmystifizierung“ der Vergangenheit. Betroffene und Nachfahren fragten jetzt seiner Erfahrung nach immer mehr in den Archiven nach Dokumentationen. „Damit wird eine neue Tiefe in der Interpretation der Vergangenheit erreicht.“

Er gratulierte auch der deutschen Minderheit zu dieser Ausstellung und stellte fest: „Die Zeit ist reif dafür.“

Buch und Ausstellung stellte auch der Kopenhagener Gast, der Direktor des Nationalmuseums, Per Kristian Madsen, in eine Linie. Die Vermittlung baue auf der Forschung auf, rief er in Erinnerung. „Das Buch spielt eine aktuelle Rolle in der Vergangenheitsbewältigung“, griff er ein deutsches Wort auf, für das es kein Pendant im Dänischen gebe.

Die deutsche und dänische Geschichte des Landes hänge im Guten wie im Schlechten zusammen. „Geschichte lässt sich nicht teilen.“ Deshalb sei es so wichtig, dass jetzt Frøslee und Faarhus gezeigt werden.

Dänemark sei bekannt dafür, seine Niederlagen zu feiern, holte der Direktor weiter aus. Frøslee und Faarhus seien aber ein Beweis für eine „gemeinsame Niederlage der europäischen Kultur. Alle litten unter dem Verlust des Humanismus und der Demokratie.“

Die Ausstellung sei deshalb auch notwendig, um weiterhin zu verstehen, was damals unter den Nazis passierte. Deshalb müsse man Museen haben. Jetzt freue er sich darüber, dass die Mehrheit und Minderheit gut zusammenleben. „Miteinander und durch einander, aber ohne Durcheinander“, brachte er die vielen Gäste der Ausstellungseröffnung zum Schmunzeln.

In einem weiteren Artikel kommt die Journalistin der Minderheitenzeitung Claudia Knauer auf die bei der Ausstellungseröffnung gehaltene Rede des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen zurück, wobei sie das Gewicht auf die Teile der Rede legt, in denen sich Jürgensen kritisch mit der „Vergangenheitsbewältigung“ der Minderheit auseinandersetzt und die Entschlossenheit bekundet, den in der dänischen Ausstellung aufgegriffenen heiklen Themen auch von Seiten der Minderheit selbst stärker als bisher nachzugehen:

Auf der Veranstaltung zur Eröffnung der Dauerausstellung Faarhus-Lager ging Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, auch auf die – nicht unvorhersehbaren – Konsequenzen der Internierung vieler Mitglieder der deutschen Minderheit im Faarhus-Lager ein. Eine sei die Unterzeichnung der Loyalitätserklärung beim Neustart der Minderheit mit der Gründung des Bundes Deutscher Nordschleswiger gewesen. „Dieser Beschluss war damals nicht unumstritten. Es ist zu bezweifeln, ob es eine Mehrheit für die Loyalitätserklärung gegeben hätte, wenn diejenigen, die in Faarhus interniert waren, hätten mitentscheiden dürfen.“ Aus heutiger Sicht, so Jürgensen, war die Loyalitätserklärung eine kluge Entscheidung.

Die andere Konsequenz war der Zusammenhalt, der unter den Faarhus-Insassen entstand und der verhinderte, dass „wir intern die notwendige Aufarbeitung“ betrieben, und der dazu führte, „dass viele der zentralen Personen aus der Zeit vor 1945 wieder führende Positionen innerhalb der Minderheit nach 45 einnahmen.“ „Das ist eine der Erklärungen – aber absolut keine Ent-

schuldigung dafür, dass wir innerhalb der deutschen Minderheit erst sehr spät und sehr zurückhaltend damit begonnen haben, unsere nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten.“

Jürgensen nannte Dieter Wernich, Kurt Seifert, Nis-Edwin List-Petersen, Philipp Iwersen und Claus Diedrichsen als Beispiele für Minderheitenmitglieder, die in den 70er und 80er Jahren einen Vorstoß unternahmen, „Vergangenheitsbewältigung“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Dieses Wort zeige, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit ein Prozess ist, der nie abgeschlossen ist, weil jede Generation mit neuen Augen darauf schaut. Genau das geschehe jetzt in der Minderheit – ausgelöst durch ein Buch, dankte Hinrich Jürgensen dem Autor von „Straffelejren“ und Ausstellungsmacher Henrik Skov Kristensen.

Nach der Beschäftigung mit dem Thema auf der Sankelmarker Neujahrstagung der Minderheit 2012 sei z. B. aus eigener innerer Überzeugung die Entscheidung gefallen, den „Ehrenhain“ in „Gedenkstätte“ umzubenennen. „Die Namensänderung ist auch ein Ausdruck dafür, dass wir nicht immer so ehrlich gegenüber uns selbst waren, wie wir es hätten sein sollen. Das gilt für die Zeit von 1933 bis 1945, aber auch für die Zeit nach 1945. Mit diesem Teil unserer Geschichte müssen wir uns in Zukunft mehr beschäftigen.“

Die Ausstellung werde einige Fragen beantworten, aber auch neue aufwerfen und „unser Selbstverständnis herausfordern“, so Jürgensen abschließend.

Einblicke in die Ausstellung

In einem weiteren – sehr ausführlichen – Artikel informiert Claudia Knauer die Leserinnen und Leser eindrücklich über die Ausstellungsinhalte. Dabei wird deutlich, dass sich die Ausstellungsmacher bei der historischen Vermittlung nicht nur der klassischen Mittel bedienen, sondern auch die heute gefragten virtuellen Möglichkeiten nutzen:

Wer waren die Männer? Diejenigen, die im Zweiten Weltkrieg mit der deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet haben, zum Beispiel als dänischer Rundfunksprecher. Oder die sich als Kriegsfreiwillige gemeldet haben. Oder es als Mitglied der deutschen Minderheit als ihre Pflicht ansahen, unter der Hakenkreuzfahne ins Feld zu ziehen.

Waren sie Helden, waren sie Verbrecher, waren sie Opfer? Mit dieser Frage werden die Besucher der neuen Dauerausstellung Faarhus-Lager im „Frøslevlejrens Museum“ schon beim ersten Schaukasten konfrontiert. Da hängt der schwere, dunkelgraue Wintermantel der Waffen-SS. Da finden sich Abzeichen der Jugendorganisation. Im Rücken des Betrachters hängen Bilder zum Beispiel von Jens Møller, dem führenden Nazi und Tierarzt aus



Abb. 1 Ein erster Blick in die neue Dauerausstellung in der Baracke H 6 von Frøslevlejrens Museum

Gravenstein, oder des Chefredakteurs der „Nordschleswigschen Zeitung“, Harboe Kardel in Uniform, der der erste Ortsgruppenleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Nordschleswig (NSDAP-N) in Apenrade war. Dazwischen laufen auf zwei kleinen Bildschirmen Propagandafilme aus den 40ern. Links wird vorgeführt, wie die deutsche Minderheit straff organisiert, im großdeutschen Gedanken gefangen, den Nationalsozialismus lebte – vom Aufmarsch bis zum Jagdspringen. Rechts zeigen bewegte Bilder, wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die sogenannten Landesverräter inhaftiert wurden.

Einfache Antworten werden in der Ausstellung, die sich technisch und museumsdidaktisch auf dem neuesten Stand befindet, nicht gegeben. Das ist auch nicht die Absicht des Ausstellungsmachers Henrik Skov Kristensen.

Der Besucher erlebt anhand von Einzelschicksalen, wie die Männer in Krieg und Gefangenschaft gelebt haben. Frauen finden in dieser Ausstellung nur ganz am Rande statt. Sie sind Empfängerinnen von Briefen, sie halten in den Betrieben und auf den Bauernhöfen die Stellung, während die Männer in Faarhus einsitzen, und sie sind mit den Kindern auf dem Schoß auf Fotos zu sehen. Ein Bild in einer genau bestimmten Größe durften die Gefangenen

in ihrer Stube haben. Ansonsten dominieren die Männer, die nach dem 5. Mai in dem Lager einsitzen mussten, das im Krieg Fröslee-Lager hieß und dänische Gefangene aufgenommen hatte. Nach Kriegsende wechselte der Name: Aus Fröslee wurde Faarhus.

Wer sich in die Geschichte einzelner Personen vertiefen will, kann dazu in Akten blättern. U. a. Archivalien des Nationalmuseums sind eingescannt worden und bieten einen Einblick in die Beurteilung der Gefangenen, in ihre Prognose, ihr Urteil, ihre Vergehen. Handelt es sich um unbekannte Menschen, sind die Namen geschwärzt. Es ist vom Gefangenen Nr. 4230 die Rede. Geht es aber um die Männer, die in der Öffentlichkeit ohnehin schon bekannt waren, stehen ihre Namen auf den Unterlagen, zum Beispiel bei Peter Rudolf Stehr, dessen Prognose zur Begnadigung aufgrund seiner Haltung nicht günstig war. Die Informationen über ihn enthalten auch den Hinweis, dass er 1951 Generalsekretär der deutschen Minderheit wurde und sie bis in die 70er Jahre hinein mitgeprägt hat.

Die neue Technik macht's möglich: Ein ganzes Fotoalbum ist virtuell verfügbar. Mit vom Smartphone geschulten Fingern kann man vorsichtig auf dem Bildschirm die Seiten und die Zwischenblätter, die früher in den Alben üblich waren, umblättern und sich in Texte und Fotos vertiefen.

Viel Raum widmet die Ausstellung dem Alltagsleben im Faarhus-Lager. Es werden Souvenirs gezeigt, wie sie auch am Eiffelturm oder an der London Bridge gekauft werden könnten – nur dass auf der hölzernen Platte das Lager abgebildet ist, umrandet mit Stacheldraht .

Das Faarhus-Lager war ein – „unfreiwilliges“ – Zuhause, in dem nach der schwierigen Anfangszeit, als die Widerstandsbewegung das Lager führte, ein geordneter Alltag herrschte, wie die Ausstellung zeigt. Es gab Unterricht, zum Beispiel in Englisch. Es wurde gearbeitet und viele Gefangene eigneten sich unglaubliche Fertigkeiten als „Knochenpuler“ an. Sie schnitzten so viel, dass die Küche gar nicht hinterherkam, das Rohmaterial zu liefern. Zunächst waren die Schnitzarbeiten verboten; unter der staatlichen Regie, in die das Lager im August 1945 überging, wurden sie erlaubt. Die Insassen durften ihre Arbeiten entweder deponieren, um sie bei der Entlassung mitzunehmen oder sie nach Hause schicken. Wer Geburtstag hatte, konnte damit rechnen, eine handgezeichnete Karte des Malers A. G. Nissen zu bekommen – alles in Ausstellungsstücken dokumentiert.

Dazwischen eingestreut sind die Hinweise auf die Rechtsabrechnung und die rückwirkende Kraft der Gesetze. Keine langen Texte fangen das Auge des Betrachters, sondern kurze Notizen, die zum Nachdenken, Nachblättern und Debattieren anregen können – wie es Sinn einer guten Ausstellung sein soll. Weder die Auswahl der Stücke, noch der Schnitt des Films mit Interviews



Abb. 2 Der Ausstellungsmacher Dr. Henrik Skov Kristensen. Im Hintergrund Informationen über die Insassen des „Straflagers“ Faarhus



Abb. 3 Ein Ausstellungsausschnitt, u. a. mit Informationen über den Lageralltag

von Zeitzeugen (siehe unten) oder die Begleittexte wollen eine uniforme Meinungsbildung beeinflussen. Sie geben Informationen, klären auf, erläutern und schicken den Besucher dann auf seine eigene geistige Reise.

Dass nicht nur Mitglieder der deutschen Minderheit in Faarhus einsaßen, wird ebenfalls thematisiert, u. a. am Beispiel von Hanne Bjørnved, deren Vater als Radiosprecher der deutschen Besatzungsmacht zuarbeitete. In ihren kleinen Notizen beschreibt sie, wie sie in Kopenhagen eine weit vom Wohnort entfernte Schule besuchte, damit keiner erfuhr, dass ihr Vater im Faarhus-Lager war. Während die dänischen Familien sich meist der Faarhus-Vergangenheit schämten, traten die Mitglieder der deutschen Minderheit selbstbewusst an die Öffentlichkeit und taten mit Anzeigen kund, dass sie aus Faarhus zurück seien. In den Augen der Dänen entstand die Faarhus-Mentalität. Die deutsche Minderheit nannte es, laut Ausstellung, Faarhus-Kameradschaft.

Von der ersten Forderung nach einer Faarhus-Ausstellung, die der damalige Chefredakteur des Nordschleswigers, Jes Schmidt, zur Eröffnung des „Frøsløvlejrens Museum“ in seiner Zeitung erhoben hat, bis zur Realisierung sind 44 Jahre vergangen. Die Ausstellung dokumentiert es anhand des satirischen Beitrags im „Æ rummelpot“, der Jes Schmidts Forderung aufs Korn nimmt. Jetzt war die Zeit reif für diese gut konzipierte Ausstellung, die keine Antworten vorgibt, sondern Anstoß zur Reflexion.

Aufgrund von Platzmangel sind alle Texte und Erläuterungen auf Dänisch. Begleittexte auf Deutsch und Englisch, die mit durch die Ausstellung genommen werden können, werden in Kürze vorliegen.

Zeitzeugen im Film

Über die inhaltsreichen Artikel von Claudia Knauer hinaus berichtet Sascha Gebhardt in derselben Ausgabe des Nordschleswigers (23./24.3.2013) über ein „Zeitdokument der besonderen Art“, das Teil der Ausstellung ist. Es geht um einen 40-minütigen Dokumentarfilm des Regisseurs Hrolf Thorulf. Elf Zeitzeugen berichten hier über ihre Erfahrungen im Lager Faarhus:

Eine alte Schwarz-Weiß-Luftaufnahme des Lagers ist das Erste, was der Zuschauer sieht. Plötzlich hört man einen Radio-Originalkommentar, der das Ende der deutschen Besatzung verkündet. Was wie der Schlusstrich unter die grausame Zeit des Zweiten Weltkriegs anmutet, ist in Wirklichkeit der Beginn der Geschichte des Fårhuslejrens, die von 1945 bis 1949 dauerte und untrennbar mit Nordschleswig und seiner Bevölkerung verbunden ist.

Der Film „Straffelejren“, der für die Dauerausstellung über das Internierungslager, die seit 22. März im Frøsløvlejrens Museum zu sehen ist, gedreht wurde, ist ein Zeitdokument der besonderen Art. Für den 40-minütigen Dokumen-



Abb. 4 Teil der neuen Dauerausstellung: ein in „Endlosschleife“ gezeigter 40-minütiger Film mit Zeitzeugenberichten

tarfilm, der in Endlosschleife in der Ausstellung zu sehen ist, hat Regisseur Hrolf Thorulf elf Zeitzeugen interviewt, darunter ehemalige Wachsoldaten, Insassen und Gefängnisbeamte.

„Es war nicht so leicht, diese Zeitzeugen aufzutreiben. Viele waren bereits verstorben, andere wollten sich nicht äußern“, erzählt Thorulf. Die Idee zum Film hatte Museumsdirektor Henrik Skov Kristensen, der auch im Landesarchiv die alten Namenslisten der Insassen und Bediensteten durchforstete. Wie lange er an dem Film arbeitete, kann der 70-Jährige nicht genau sagen. Jedes Interview dauerte rund drei Stunden. Insgesamt kamen so mehr als 30 Stunden Material zusammen. Hinzu kamen zahlreiche SchwarzWeiß-Fotografien, die das Lagerleben zeigen und ebenfalls in den Film eingearbeitet wurden. Um den Filmschnitt zu erleichtern und homogene Aussagen zu erhalten, stellte er den Gesprächspartnern exakt dieselben Fragen. Die Protagonisten, die zwischen 80 und 90 Jahre alt sind, erzählen von den Bedingungen im Lager, von Arbeitseinsätzen, bei denen beispielsweise Gräben ausgehoben werden mussten und davon, wie die Zeit im Lager ihr persönliches Leben geprägt hat.

Fårhuslejren war das größte Straflager in Dänemark. Ursprünglich wurde es

als Konzentrationslager 1944 von den deutschen Besatzern errichtet. Damals trug es noch den Namen Frøslevlejren. Nach der Kapitulation der Wehrmacht erhielt es den Namen Fårhuslejren und wurde als Internierungslager genutzt. Frühere Insassen, darunter viele Freiheitskämpfer, waren nun plötzlich mit der Leitung des Lagers betraut. Deutsche Wehrmachtssoldaten aus Nord-schleswig und Kollobateure fanden sich als Gefangene wieder, viele davon wurden als Landesverräter bezeichnet.

In den Interviews treten diese und andere Konfliktsituationen deutlich hervor, denn die Zeit im Lager wurde von den Beteiligten sehr unterschiedlich empfunden. Während einem Häftling, der vorher in einem russischen Gefangenenlager interniert war, die dänischen Verhältnisse als sauber und sogar angenehm in Erinnerung blieben, sprechen andere teilweise von „satanischer Behandlung“. Auch bei der Ansetzung des Strafmaßes wurden unterschiedliche Maßstäbe angelegt. So bekamen Nordschleswiger, die als deutsche Soldaten aktiv waren, härtere Strafen als solche, die „nur“ in der Heimwehr dienten. Thornulf sieht darin nicht nur einen allgemeinen Ausdruck für die Komplexität der Nordschleswigschen Geschichte. Es zeigt auch die Problematik im Umgang mit der Schuldfrage und der Bewertung von Handlungen. Auch die exakte Bestimmung, wer als Landesverräter galt und wer nicht, ist nach wie vor schwierig und der Gebrauch der richtigen Terminologie eine Frage, die nicht aus dem Stegreif beantwortet werden kann.

Der Dokumentarfilm ist in vier große Abschnitte unterteilt: „Frøslevlejren“, „Verhaftung“, „Im Lager“ und „Die Zeit danach“. Damit werden kinematografisch alle wichtigen Zeitphasen abgedeckt, und darüber hinaus wird ein Blick auf das Leben der Protagonisten nach 1949 geworfen. Musik, die den Zuschauer emotional leiten könnte, oder ergänzende Erläuterungen gibt es im Film allerdings nicht. „Das haben wir ganz bewusst weggelassen, denn wir wollten so objektiv wie möglich an dieses Thema rangehen. Deshalb gibt es auch keinen Kommentar, sondern die Aussagen der Zeitzeugen stehen für sich allein. Die Besucher der Ausstellung sollen sich selbst ein Bild machen“, erklärt Thorulf, der mit dem Film einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Außerdem hat sich der Regisseur gefreut, dass viele der interviewten Zeitzeugen an der Eröffnung der Ausstellung teilnahmen und sich selbst von dem Filmergebnis überzeugen konnten.

Siegfried Matlok

Die Berichte von Claudia Knauer und Sascha Gebhardt werden von einem Kommentar des Chefredakteurs Siegfried Matlok begleitet, in dem er die positive historisch-politische Bedeutung der neuen Dauerausstellung für das deutsch-

dänische Verhältnis und für die Beziehung der deutschen Minderheit zu ihrer Geschichte hervorhebt:

Gestern war ein historischer Tag im Frøslee-Lager. Auch in Anwesenheit des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, wurde ein Stück Geschichte geschrieben: Nun hat „Frøslevlejren“ in der Baracke „H 6“ auch einen deutschen Abschnitt. Eine permanente Ausstellung über die deutsche Minderheit und über die Folgen und rechtlichen Konsequenzen nach der Nazi-Zeit, die zur Einsperrung und Verurteilung von so vielen deutschen Nordschleswigern führte. Eine böse Zeit!

Es ist kein Faarhus-Museum, sondern ein Teil des Ganzen und damit nun der dänischen Museumsgeschichte. Das ist gut so, denn natürlich ist das Straflager Faarhus nicht mit „Frøslevlejren“ in der Zeit vor 1945 zu vergleichen, das so zahlreiche Dänen mit der Deportation gen Süden das Leben kostete. Mit der Verwirklichung dieser permanenten Ausstellung ist eine alte Forderung des „Nordschleswigers“ – erstmalig durch Chefredakteur Jes Schmidt vor 45 Jahren – erfüllt worden. Das ist, wie man verstehen kann, vielen Dänen, vor allem den Widerstandsleuten und Gefangenen von einst, nicht leicht gefallen, aber Faarhus gehört eben mit zur Geschichte der Gefangenen-Baracken von Frøslee. Nur Ursache und Wirkung dürfen dabei nie verwechselt werden. Auch wenn dort so manchen deutschen Nordschleswigern Unrecht geschah: Der dänische Staat musste auch unter dem Druck der dänischen Öffentlichkeit reagieren, und deshalb kam die Rechtsabrechnung – teilweise mit Gesetzen mit rückwirkender Kraft –, deren Verlauf heute natürlich anders beurteilt wird als just nach 1945. Dass die Hauptverantwortlichen damals so billig davonkamen, während die sogenannten „kleinen Fische“ im Netz der Nachkriegsjustiz hängen blieben, ist leider traurige Tatsache.

Die Ausstellung ist auf der Grundlage des von Museumsinspektor Henrik Skov Kristensen so hervorragend verfassten Buches „Straffelejren“ Faarhus erfolgt. Verdienstvoll ist auch unser Minderheiten-Historiker Dr. Günter Weitling hervorzuheben. Beigetragen hat u.a. das Deutsche Museum für Nordschleswig mit wichtigen Museumsstücken – u.a. mit einem Film über die deutsche Minderheit während der Nazi-Zeit, der gleich am Eingang die Besucher als eindrucksvolles Zeitdokument „begrüßt“. Die Ausstellung ist fair, gibt selbst deshalb keine Antwort auf die Frage „Helden? Verbrecher? Opfer?“ Wenn es aus unserer Sicht etwas zu kritisieren gibt, dann die Vermischung von nazistischen Mitgliedern der deutschen Minderheit und dänischen Landesverrättern, deren Motive ja völlig andere waren als die von Vertretern der deutschen Minderheit. Gewiss nicht besser, aber eben doch unterschiedlich. Da wäre ein Kapitel für sich wohl eher angebracht.

Eine Sankelmark-Tagung der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft ergab

kürzlich: Faarhus-Gedenken und Vergangenheitsbewältigung der deutschen Nordschleswiger sind nicht abgeschlossen. Faarhus ist auch 2013 kein angenehmer Spaziergang, ist und bleibt schmerzhaft, wie auch die Diskussion über die Gedenkstätte auf dem Knivsberg bewiesen hat [...].

„Helden? Verbrecher? Opfer?“ heißt die Faarhus-Ausstellung ohne selbst eine Antwort zu geben. Besuchen Sie die Faarhus-Ausstellung. Sie macht Ihnen die Antwort leicht und leichter.

Wenn Siegfried Matlok in seinem Kommentar einen sachlichen Einwand vorbringt, so ist das nicht als negative Kritik an der Ausstellung als solcher zu verstehen, sondern als konstruktiver Hinweis eines engagierten Kenners der Materie, der durch seine kritisch-journalistische Begleitung großen Anteil daran hat, dass das Buch von Henrik Skov Kristensen – und nun auch die Dauerausstellung – über das „Straflager“ Faarhus in der deutschen Volksgruppe auf breite Akzeptanz gestoßen ist.

Ähnliches gilt für das 2010 erschienene Buch von Dennis Larsen über die Beteiligung von dänischen Staatsbürgern, auch Angehörigen der deutschen Volksgruppe, an KZ-Verbrechen (s. GFH 2/2011, S. 99-116). Auf Matloks journalistischen und politischen Einfluss ist es nicht zuletzt zurückzuführen, dass der „Ehrenhain“ für die Kriegstoten auf dem Knivsberg inzwischen in „Gedenkstätte“ umbenannt wurde.

So hat der Chefredakteur des Nordschleswiger ganz wesentlichen Anteil daran, dass sich in der deutschen Minderheit in den letzten Jahren die Einsicht weitgehend durchgesetzt hat, dass es – auch im Sinne deutsch-dänischer Verständigung – geboten ist, sich der eigenen Vergangenheit aktiv zu stellen und eigene Schritte zu ihrer Aufarbeitung zu unternehmen.

Zum 1. Juli 2013 ist Siegfried Matlok als Chefredakteur der Tageszeitung Der Nordschleswiger nach 49-jähriger Tätigkeit ausgeschieden. Am 17. Juni fand zu seinen Ehren ein glanzvoller Abschiedsempfang statt. Auch wenn er der Zeitung in anderer Funktion noch eine Zeit lang erhalten bleibt, ist davon auszugehen, dass ihm die Entlastung von den Aufgaben eines Chefredakteurs Möglichkeiten bietet, seinen historisch-politischen Interessen noch intensiver als bisher nachzugehen.

Der Runde Tisch für Integration in Flensburg

von BARBARA WINKLER

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland tritt die Zuwanderung aus dem Ausland – und damit die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – immer stärker in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Dies gilt auch für die deutsch-dänische Grenzregion. Bereits 2001 hat die damalige und heutige Landesbeauftragte für Minderheiten Renate Schnack beim 1. Dialog Grenzfriedensbund über Perspektiven der Minderheitenpolitik in der Region dafür plädiert, neben den alteingesessenen auch die „neuen“ Minderheiten stärker zu berücksichtigen (GFH 4/2001, S. 278 ff.). 2006 stand „Die Integration türkischer Migranten“ in einer Veranstaltung zur Debatte, die der Grenzfriedensbund mit Partnern aus der Region durchführte (GFH 4/2006, S. 243 ff.). Und 2008 lud der ADS-Grenzfriedensbund mit der Europa-Union, dem AWO Integrations-Center Flensburg und dem lokalen Migrationsfachdienst des Diakonischen Werkes zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung über Integrationsprobleme von Menschen mit Migrationshintergrund in Flensburg ein. Bei dieser Veranstaltung im Haus Sophiesminde entstand die Absicht, für Flensburg ein Integrationskonzept zu entwickeln und einen Runden Tisch für Integration zu schaffen (GFH 4/2008, S. 415 ff.). Im vorliegenden Beitrag informiert Barbara Winkler über die Gründung des Runden Tisches im Jahr 2010 und die seitdem entwickelten Aktivitäten im Rahmen des Integrationskonzepts der Stadt Flensburg. Die seit 35 Jahren in der Fördestadt lebende US-Amerikanerin hat als Vorsitzende des Runden Tisches großen Anteil daran, dass die in Flensburg geleistete Integrationsarbeit heute als vorbildlich gilt. Der ADS-Grenzfriedensbund ist durch die Referentin für Kindertagesstätten und offene Jugendarbeit, Christa Kreber, seit seiner Gründung Mitglied des Runden Tisches. In Zusammenarbeit mit Immigrationsverbänden beteiligt sich der ADS-Grenzfriedensbund seit Jahren an der Ausrichtung der interkulturellen Wochen.

Die Redaktion

Die Gründung des Runden Tisches

Im Grenzfriedensheft 4/2008 wurde über die Veranstaltung „Besser zusammenleben in Flensburg – Was können wir für eine gelingende Integration tun?“ berichtet. Hat dieses Treffen dauerhafte Impulse für die Entwicklung der Integrationsbemühungen in Flensburg geliefert? Die einfache und erfreuliche Antwort ist: Ja! Obwohl die Geschwindigkeit, mit der Politik und Verwaltung reagieren, oft

als langsam beschrieben wird, haben sie in diesem Fall die Anregungen, Sorgen und Probleme, die geäußert wurden, ernst genommen. Mehrere Faktoren spielten mit. Es ist nicht so, dass in Flensburg vor 2008 nichts passierte. Die Interkulturelle Woche mit dem Fest der Kulturen, die Arbeit der AWO und der Migrationsfachdienst des Diakonischen Werkes sind als Beispiele zu erwähnen. Aber das Thema Integration ist durch die Veranstaltung sichtbar geworden. Es wurde klar, dass Flensburg eine Stadt mit mehr als zwei Kulturen, der deutschen und dänischen, ist. Man kann es so beschreiben „Politik trifft Realität“. Man hatte den Eindruck, dass den Vertretern der Ratsfraktionen und der Verwaltung die anderen Kulturen in der Stadt während der Veranstaltung von 2008 erst richtig bewusst wurden. Und sie haben entschieden, etwas zu unternehmen – nämlich ein Integrationskonzept für die Stadt zu entwickeln. Zuerst wurde im Sommer 2009 eine Koordinierungsstelle für Integration mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter eingerichtet. Die Aufgabenbereiche der Koordinierungsstelle sind:

- das interkulturelle Leben in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Netzwerkpartnern und interessierten Einzelpersonen in Flensburg nachhaltig zu verbessern
- als Ansprechpartner alle Migrantenorganisationen in deren Anliegen zu unterstützen
- Projekte zu koordinieren
- die Zusammenarbeit mit Ämtern – auch überregional – zu fördern
- die Umsetzung des Integrationskonzeptes zu begleiten.

Die Stadt wollte, wie viele andere Städte auch, ein Integrationskonzept. Aber die EinwohnerInnen der Stadt sollten von Anfang an beteiligt sein. Die Grundsätze der Entstehung des Integrationskonzeptes waren ein breites Beteiligungsverfahren, es sollte handlungsorientiert und organisch sein und nicht in „Amtsdeutsch“ verfasst. Im Dezember 2009 hat die Stadt (d. h. die Verwaltung und Politik) alle FlensburgerInnen in die Bürgerhalle zur Veranstaltung „Gemeinsam leben – Flensburg entwickelt ein Integrationskonzept“ eingeladen. 140 Personen sind gekommen. Folgende Arbeitsgruppen sind entstanden: Lebenssituation Mädchen/Frauen, Kindheit vor der Schule, Bildung und Ausbildung, Wohnen und Gesundheit, Teilnahme an der Gesellschaft. Diese Arbeitsgruppen trafen sich von Januar bis März 2010 und arbeiteten Vorschläge für ein Integrationskonzept aus.

Während dieser Phase wurde der Wunsch nach einem Gremium, das die Menschen mit Migrationshintergrund vertritt, immer deutlicher. Denn Menschen ohne eine deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft sind sehr beschränkt in ihren Möglichkeiten sich politisch einzubringen. Sie besitzen kein kommunales



Der Runde Tisch für Integration im Flensburger Rathaus, Dezember 2011

Wahlrecht und können nicht bürgerschaftliches Mitglied in den Ausschüssen der Ratsversammlung sein. Die Arbeitsgruppe „Teilnahme an der Gesellschaft“ entwarf eine vorläufige Geschäftsordnung und im April 2010 ist der Runde Tisch für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund der Stadt Flensburg gegründet worden.

Er hat die folgenden Grundsätze:

- Der Runde Tisch ist Ansprechpartner für die Wünsche, Sorgen und Probleme der Menschen mit Migrationshintergrund und für die Stadt Flensburg bei Fragen der Integration.
- Der Runde Tisch ist unabhängig, partei- und konfessionslos und vertritt die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber der Stadt Flensburg.
- Der Runde Tisch fördert die gleichberechtigte Teilnahme und Chancengleichheit der Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft, die Erhal-

tung der kulturellen Identität der Menschen mit Migrationshintergrund, den interkulturellen Austausch, die Verständigung und das Zusammenleben aller Einwohner/innen sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter.

- Der Runde Tisch arbeitet aktiv bei der Erstellung und Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Flensburg mit.
- Der Runde Tisch betreibt eine eigene Öffentlichkeitsarbeit.
- Die organisatorische Begleitung des Runden Tisches übernimmt die Koordinierungsstelle Integration der Stadt Flensburg.
- Dem Runden Tisch können Einwohner/innen jeder Nationalität angehören, die ihren Hauptwohnsitz in Flensburg haben.
- Der Vorstand besteht aus 5 Personen. Im Vorstand müssen beide Geschlechter vertreten sein (im Verhältnis 2/3 bei fünf Vorstandsmitgliedern) und setzt sich aus Personen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund oder Herkunftsländern (je eine Person) zusammen.

Gewählt wurden 2010 (Migrationshintergrund in Klammern): Vorsitz: Barbara Winkler (USA), Stellvertreter: Serhan Bilgic (Türkei), BeisitzerInnen: Natalie Krause (Ukraine), Leonor Miranda (Bolivien) und Dahmani Ben Ammar (Tunesien). 2011 übernahm Karim Aziz (Iraq) den Platz von Dahmani Ben Ammar. Der Vorstand wurde 2013 in seinem Amt bestätigt.

Die Aktivitäten des Rundes Tisches

Der Runde Tisch hat zusammen mit der Verwaltung und den Fraktionen der Ratsversammlung ein Integrationskonzept für die Stadt Flensburg entworfen und ist auch an dessen Fortentwicklung beteiligt. Dabei ist es wichtig, auf die Rollenverteilung hinzuweisen: Die Stadt ist verantwortlich für das Integrationskonzept und dessen Umsetzung. Der Runde Tisch unterstützt ehrenamtlich die Aktivitäten der Stadt.

Der Runde Tisch trifft sich einmal im Monat im Rathaus. Es nehmen 40 bis 50 Personen, mit und ohne Migrationshintergrund, regelmäßig teil. Der Runde Tisch ist in sechs Ausschüssen der Ratsversammlung mit Rede- und Antragsrecht vertreten.

Der Runde Tisch hat verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet, die wesentliche Elemente des Flensburger Integrationskonzeptes aufgreifen:

In der AG Lernhilfe unterstützen FlensburgerInnen ehrenamtlich Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache, aber auch solche ohne Migrationshintergrund, auf ihrem Bildungs- und Ausbildungsweg. Sie begleiten SchülerInnen während der grundlegenden sprachlichen Förderung in den DaZ-Zentren (DaZ: Deutsch als Zweitsprache) und danach auch bei der Fortsetzung

der schulischen Laufbahn in ihren Stammschulen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen helfen bei Hausaufgaben und beim Erlernen der deutschen Sprache, beim Erreichen des Klassenziels und des jeweiligen Schulabschlusses sowie beim Übergang zur gymnasialen Oberstufe. 2011 hat die Arbeitsgruppe den Kinderfreundlichkeitspreis der Stadtwerke Flensburg erhalten.

Ein Problem für Menschen mit Migrationshintergrund ist oft die Anerkennung ihrer Ausbildung bzw. akademischen Abschlüsse. Darüber wird viel gesprochen. Damit dies sachlich passiert, hat der Runde Tisch eine Podiumsdiskussion „Ausländische Abschlüsse – Potential für Deutschland!“ veranstaltet. ExpertInnen vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, ARGE und das Arbeitsamt haben die rechtliche Lage und die praktische Handhabung erläutert. Die AG Lernhilfe unterstützt Zugewanderte bei der Vorbereitung auf die entsprechenden Qualifikationsprüfungen.

Die AG Informationsplattform arbeitete an einer Internetseite, die MigrantInnen helfen soll, sich besser in Flensburg zurechtzufinden. Es geht u.a. um Beratungsangebote, medizinische Versorgung in anderen Sprachen, Behörden, Migrationsdienste und Vereine.

Die AG Diskothekenbesuch hat sich mit einem Vertreter der Polizei und der Stadt getroffen um die Abweisung von jungen Leuten mit Migrationshintergrund beim Diskobesuch zu besprechen.

Zusammen mit dem Seniorenbeirat gibt es eine AG „Älter werden in Flensburg“. Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V., dem Flüchtlingsbeauftragten Schleswig-Holstein, der Fachstelle für Senioren, der Koordinierungsstelle für Integration und dem Seniorenbeirat haben wir die Fachtagung: „Wege in eine kultursensible Altenhilfe“ organisiert.

Die AG Stadtbücherei bietet zusammen mit dem Verein der Freunde der Stadtbücherei zweisprachige Lesungen für Kinder an.

Die AG Kulturentwicklungsplan begleitet diese Vorhaben der Stadt.

Wir sind beim Fest der Kulturen dabei.

Der Runde Tisch hat das Programm „Integrationslotsen“ unterstützt. Fünfzig Personen haben erfolgreich den Kurs bei der Volkshochschule abgeschlossen und stehen als ehrenamtliche HelferInnen zur Verfügung.

Wissen über Deutschland ist für die Integration unentbehrlich. Die AWO Schleswig-Holstein hat Menschen mit Migrationshintergrund als Multiplikatoren ausgebildet, die in der Muttersprache das politische, schulische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik erklären können. Der Runde Tisch hat diese Arbeit unterstützt.

Eine „Willkommenskultur“, die signalisiert, „Wir sind froh, dass Sie Flensburg als Ihr neues Zuhause gewählt haben“, trägt zur Integration bei. Ein persönlicher

Höhepunkt für Zugewanderte ist die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Auf Anregung des Runden Tisches organisiert die Stadt Einbürgerungsfeiern. Der Runde Tisch hat auch Vorschläge für einen Brief an Neu-FlensburgerInnen gemacht.

Um die Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Ratsversammlung zu intensivieren, ist vereinbart worden, dass die Steuerungsgruppe sich zwei- bis dreimal jährlich treffen soll.

Seit Oktober 2012 gibt es einen Multi-Kulti-Stammtisch, der sich einmal im Monat im Kulturcafé der Volkshochschule trifft. Menschen, die Deutsch lernen, haben die Möglichkeit die Sprache in lockerer Atmosphäre zu üben. Es kommen ca. 30 Personen, und wir würden es begrüßen, wenn es mehr TeilnehmerInnen mit Deutsch als Muttersprache gäbe.

Darüber hinaus treffen sich die Runden Tische und Foren in Schleswig-Holstein zum regelmäßigen Austausch, und die Vorsitzende ist Mitglied des Begleitausschusses Aktionsplan Integration der Landesregierung Schleswig-Holstein. Wir haben über unsere Arbeit in Schleswig, Elmshorn und Wolfsburg und bei verschiedenen Gruppen in Flensburg berichtet. Erfreulicherweise berichtet die örtliche Presse ausführlich (und positiv) über unsere Aktivitäten.

Fazit

Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung – insbesondere die Unterstützung durch Peter Rohrhuber von der Koordinierungsstelle Integration, Horst Bendixen, Leiter des Fachbereiches Jugend, Soziales, Gesundheit und den damaligen 2. Bürgermeister Jochen Barckmann – und mit der Politik sind für die Integrationsarbeit des Runden Tisches von unermesslicher Bedeutung. Die gute Zusammenarbeit beweist, dass die Stadt diese Aufgabe ernst nimmt.

Viel ist in den viereinhalb Jahren seit der Veranstaltung in Haus Sophiesminde passiert. In den drei Jahren seines Bestehens hat der Runde Tisch sich als Institution und Informationsbörse für die vielen Aktivitäten in Flensburg etabliert. Er hat Anerkennung und Zuspruch sowohl bei den MigrantInnen als auch bei den „Alteingesessenen“ gefunden. Er kann nicht alle Probleme lösen, aber er kann helfen sie sichtbar zu machen und Menschen mit Migrationshintergrund die Informationen und die Unterstützung zu geben, die sie für eine bessere Teilhabe am Leben in Flensburg benötigen.

Die Aktivitäten der Stadt sind vielfältig. Mehr darüber ist zu erfahren in den Berichten der Koordinierungsstelle Integration. Sie sind, zusammen mit dem Integrationskonzept, den Fortschreibungen, Protokollen und den Berichten des Runden Tisches unter <http://www.flensburg.de/gesundheits-soziales/integration/index.php> zu finden.

Deutsch-dänische Beziehungen

Doppelte Staatsbürgerschaft geplant

Während es zwischen vielen Staaten bereits Abkommen über eine doppelte Staatsbürgerschaft gibt, ist dies zwischen Deutschland und Dänemark bisher nicht der Fall. In Dänemark wird von der Regierung voraussichtlich im Herbst eine Gesetzesvorlage eingereicht (JV/NOS 25.5., s.a. GFH 1/2013, S. 52).

Doch Rückkauf eines grenzüberschreitenden Besitzes?

Eine Flensburger Initiative setzt sich für den Rückkauf des 2006 von der Stadt veräußerten Kollunder Waldes ein, auch wenn der Kaufpreis heute mit 3 Mio € weit höher liegt als damals (1,2 Mio €). Die Bürger, welche die Internetpräsenz www.kollundskov.net eingerichtet haben, betrachten ausgiebige Fällungen in dem wichtigen Erholungswald mit Sorge (FLA 7.5., GFH 1/2013, S. 53).

Grenzüberschreitende Fluthilfe

Die Flutkatastrophe an mehreren Flüssen in Deutschland, von allem an der Elbe, löste auch in Dänemark viel Hilfsbereitschaft aus. Der BDN sammelt Spenden zur Unterstützung von Flutopfern (bei Redaktionsschluss waren 130.000 Kronen zusammengekommen, NOS 26.6.). Das dänische technische Hilfswerk, Beredskabsstyrelsen, stellte Technik und Hunderttausende von Sandsäcken zur Verfügung (NOS 11.6.).

Grenzland und Europa

Interreg-Förderung der Deutsch-Dänischen Region

Für den Zeitraum 2014-20 werden in der „Deutsch-Dänischen Region“, zu der neben dem schleswigschen Grenzland auch die Fehmarnbeltregion und „K.E.R.N.“ mit Fünen gehören, ca. 7,7 Mio € für grenzüberschreitende Projekte zur Verfügung stehen. Regionschef Carl Holst forderte dazu auf, damit weitere Barrieren abzubauen. In einer neuen Broschüre der Region Syddanmark heißt es noch deutlicher „Weg mit den letzten Grenzen in der Wachstumsregion“, was mit dem Bild eines zertrümmerten Schlagbaumes illustriert wird (NOS 17.5.). Beim Forum der Region in Büdelsdorf forderte Prof. Michael Bräuninger vom Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, dass die Region mit ihrem vielfach guten Potenzial mehr gemeinsame Themen finden müsse (NOS 21.5.). – Weiterhin positiv wird die Rolle deutscher Grenzpendler bewertet: Nach einer Studie des Kopenhagener Instituts Andresen Analyse im Auftrag der Region Sønderjylland-Schleswig entspricht deren Wertschöpfung für die dänische Gesellschaft 1,3 Mrd Kronen (NOS 17.5., FLA 18.5.). – Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Reinhard Meyer plant, die Beiräte und Verwaltungen für die Koordination von EU-Projekten im Land an einer Stelle zu bündeln, um die Strukturen zu effektivieren. Die Opposition fürchtet hingegen weniger durchschaubare Strukturen durch die Zentralisierung (FLA 30.5.).

Besuch des Europaministers in Flensburg

Just am 9.4. (s.u.) besuchte der dänische Europaminister Nicolai Wammen die Flensburger Universität, wo er gemeinsam mit Anke Spoorendonk und Wissenschaftsstaatssekretär Rolf Fischer Apfelbäume als Zeichen der Zusammenarbeit der Hochschulen pflanzte. Zudem betonte er, dass Dänemark elementares Interesse daran habe, Teil eines funktionierenden Europas zu sein (NOS/FT 11.4.).

Verbesserte Polizei-Zusammenarbeit

Dänemarks Justizminister Morten Bødskov regte an, die dänischen Vorbehalte bei der europaweiten Polizei- und Rechtszusammenarbeit zu lösen und den Ausbau einer europäischen Polizeibehörde voranzutreiben (NOS 8.6.). Zwecks besserer Kriminalitätsbekämpfung soll ein neues grenzüberschreitendes Informationssystem aufgebaut werden (NOS 10.4.; vgl. GFH 1/2013, S. 52).

Deutsche und dänische Politik

Anstehende Wahlrechtsreformen

Schleswig-Holsteins Landesregierung hat sich dafür ausgesprochen, das Stimmrecht bei Kommunalwahlen künftig allen Bewohnern mit festem Wohnsitz ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft zuzugestehen. Bisher können neben deutschen Staatsbürgern nur EU-Bürger von diesem Recht Gebrauch machen (FLA 19.4.). Demnach waren z.B. in Flensburg 2786 volljährige Stadtbürger ohne Wahlrecht (FLA 3.4.). Auch bei der Landtagswahl sollen ausländische Staatsbürger wahlberechtigt werden, was bisher jedoch von

der CDU abgelehnt wird (FLA 24./27.4.). – Die Europäische Union forderte derweil von Dänemark, dass das Land auch seinen im Ausland lebenden Staatsbürgern das Wahlrecht auf Staatsebene zugestehen soll, wie es in fast allen EU-Staaten (auch Deutschland) längst üblich ist (NOS 10.5.).

Kommunalwahlen mit schwacher Beteiligung

Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein wurden von einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung überschattet. Der Minusrekord von 2008 (49,5%) wurde mit 46,7% weiter unterboten. In Flensburg gingen nur noch erschreckend geringe 35,6% der Bürger zur Wahl. Landesweit blieb die CDU mit leichten Gewinnen stärkste Partei (38,9%), aber SPD und Grüne hatten jeweils über 3% Zuwachs (29,8 bzw. 13,7%). Verlierer waren vor allem die FDP (von 9 auf 5%) und die Linke (von 6,9 auf 2,5%). Leichte Verluste gab es für den SSW, der in Flensburg zwei der zehn Mandate verlor. Dafür legte die Minderheitspartei in anderen Kommunen zu, besonders bemerkenswert in Kiel und Büdelsdorf am Südrand seines Einzugsgebiets (FT/NOS 27./28.5.). – In Dänemark will man die zuletzt mit 65,8% ebenfalls nicht überzeugende Beteiligung an den gemeinsam stattfindenden Regional- und Kommunalwahlen mit Hilfe mobiler Abstimmungslokale erhöhen (NOS 5.6.).

Unterschiedliche Bewertung der Strukturreform

Der Landesverband der dänischen Kommunen (KL) äußerte sich zufrieden über den Effekt der 2007 in Kraft getretenen Zusammenlegung von Kommunen. Von 2009

bis 2011 habe man 1,7 Mrd Kronen gespart; allerdings war 2009 der Höhepunkt der Ausgaben, auch bedingt durch die Folgen der Umstrukturierung (JV 18.4.). Sogleich forderten Wirtschaftsvertreter die Schaffung deutlich größerer Gebietskörperschaften auch in Schleswig-Holstein (FT 22.4.). Eine Umfrageuntersuchung über Gallup zeichnete allerdings ein ganz anderes Bild: 50 Prozent der befragten Bürger brachten zum Ausdruck, dass sich der kommunale Service seit der Reform verschlechtert habe, nur 6 Prozent machten eine Verbesserung aus. Kommunalforscher Roger Buch sprach dann in Ugebrevet A4 auch von einem „designten Fiasko“; man habe ausschließlich auf die Schaffung größerer Einheiten gesetzt, obwohl sich die Verwaltung dadurch keineswegs automatisch überschaubarer entwickelt (NOS 7.5.). Die Aufforderung der Wirtschaftsministerin Margrethe Vestager, nach den teilweise drastischen Einsparungen der letzten Jahre wieder Geld zu investieren, beantwortete KL dahingehend, dass trotzdem zu wenig Mittel in den kommunalen Kassen vorhanden seien, um erwünschte Neuausgaben zu tätigen (NOS 6.6.).

Ausländerfragen in Dänemark

Für Irritation sorgte eine Anzeige der Dansk Folkeparti mit den Namen von 700 soeben Eingebürgerten, von denen einer als potenziell gefährlich eingestuft worden war. Wegen der indirekten Diffamierung der vielen Genannten lehnten mehrere Medien wie Politiken (28.5.) die Wiedergabe der Annonce ab. Wenige Wochen zuvor hatte eine landesweite Meinungsumfrage Aufsehen erregt, in der der DF-Vorsitzende Kristian Thulsen Dahl zum glaubwürdigsten Politiker des Landes gewählt worden war (JV 2.4.).

Öresundregion fühlt sich benachteiligt

In mehreren Medienberichten beklagten Vertreter verschiedener Institute aus der Öresund-Region, dass dieser von staatlicher Seite zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde. Dieser Versuch, die in Dänemark überall dominante Hauptstadtregion und ihre schwedische Nachbar-Großstadt zum vernachlässigten Randgebiet zu stilisieren, stieß nicht nur im schleswigschen Grenzland auf scharfe Kritik. In seinem Leitartikel „Jammertal Öresund“ warf Siegfried Matlok den Initiatoren vor, den Druck auf die Politik zugunsten der Hauptstadt auf Kosten nicht zuletzt der schleswigschen Grenzregion zu erhöhen (NOS 22.6.).

Volksgruppen und Minderheiten

Aktive FUEV weiter mit Schleswigern an der Spitze

Beim Jahreskongress der Föderation Europäischer Volksgruppen in Brixen (Südtirol) wurde der frühere BDN-Hauptvorsitzende Hans Heinrich Hansen als Präsident mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Neuer Stellvertreter ist der SSF-Vorsitzende Dieter Küssner, der Heinrich Schultz auch in dieser Funktion nachfolgt. Die Organisation der Minderheiten klagt über fehlende Finanzmittel (FLA 24.6.). Mit einer europaweiten Bürgerinitiative, die von der FUEV koordiniert wird, sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden, damit die Rechte der nationalen Minderheiten in Europa besser verankert werden. Dies wird auch von Kulturministerin Anke Spoorendonk unterstützt (NOS 4.4., FLA 22.6., GFH 1/2013, S. 55). Anlässlich einer Veranstaltung der Europa-Union forderte die Minderheitenbeauf-

tragte Renate Schnack die Einhaltung aller Minderheitenrechte in ganz Europa und die Ernennung eines EU-Kommissars für Minderheitenfragen (FLA 16.5.).

Haus der Minderheiten
in Flensburg?

Anlässlich der dänischen Jahrestreffen (s.u.) wurde die von der FUEV geplante Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Minderheitenfragen (GFH 1/2013, S. 55) erneut zur Sprache gebracht. Aus Interreg-Mitteln sollen ca. 2,6 Mio Kronen bewilligt werden (NOS 10.6.). Während der süddänische Regionschef Carl Holst einen grenznahen Standort wie Krusau anregt, sprach sich der BDN wie der SSF für die Platzierung in Flensburg aus. Avis-Chefredakteur Bjarne Lønborg mahnte an, dass mit dem Projekt kein Monument errichtet, sondern das breite Engagement gefördert werden solle (FLA 11./12.6.).

European Center for Minority Issues
als Forum in der Region

Das ECMI veranstaltete erstmals einen offenen Runden Tisch mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft, um auf die Wichtigkeit der „Investitionen in Identität“ aufmerksam zu machen (FLA 17.4.).

MIDAS-Treffen am Knivsberg

Der Knivsberg bildete den Rahmen des diesjährigen Kongresses des MIDAS-Netzwerkes europäischer Minderheitenzeitungen; dieses plant eine Kampagne zur Europawahl 2014, um den Bürgern sowohl Europa als auch die Minderheiten stärker ins Bewusstsein zu rufen. Die MIDAS-Vertreter wurden auch im Kieler Europaministerium empfangen (NOS 21.5.).

Knivsbergfest der deutschen
Nordschleswiger

Die Festansprache beim diesjährigen Knivsbergfest hielt Ministerialrat Detlev Rein, der u.a. die Stärkung der kulturellen Besonderheiten anmahnte. SP-Chef Carsten Leth Schmidt betonte die Bedeutung der Gedenkstätte als Ort der Erinnerung vor allem für die Angehörigen der Kriegstoten und mahnte zur Erinnerung an alle Kriegsoffer (NOS 17./18./22.6.). Für den Deutschen Tag im November ist Ministerpräsident Torsten Albig als Festredner vorgesehen (FLA 19.6.).

Deutsche Nordschleswiger vor weiteren
finanziellen Herausforderungen

Bei der Jahreshauptversammlung des Bundes Deutscher Nordschleswiger betonte der Vorsitzende Hinrich Jürgensen, dass die Unterstützung der deutschen Volksgruppe eine lohnende Investition sei. Er lobte den Vertrag mit dem Land Schleswig-Holstein (GFH 1/2013, S. 55), welcher der Minderheit mehr Planungssicherheit gibt; dennoch fehlten an vielen Stellen Mittel, zumal sehr viele Gebäudereparaturen anstünden (NOS 15.5.). – Bei einem offiziellen Besuch der BDN-Spitze in Kopenhagen bat diese um weitere Mittel, um den Ausbau der völlig überfüllten Fördeschule bei Gravenstein zu ermöglichen. Bildungsministerin Christine Antorini versprach, sich der Angelegenheiten der Minderheit anzunehmen (NOS 11.4.).

Gedenkstätte am Knivsberg bleibt
Gedenkstätte

Mit seiner Umbenennung als „Kameradschaftsverband Nordschleswig – För-

derverein für den Ehrenhain in der Gedenkstätte Knivsborg“ hat der Verein der Kriegsteilnehmer den Unmut der übrigen Vertreter der deutschen Volksgruppe auf sich gezogen. Auch Repräsentanten der ältesten Generation wandten sich gegen diesen Versuch, den im August abgeschafften Namen „Ehrenhain“ für die Gedenkstätte wiederzubeleben (NOS 17.4.; vgl. GFH 3/2012, S. 204).

SSW-Mandate und 5%-Sperrklausel

Die Anhörungen wegen der von FDP und Junger Union vorgebrachten Klagen gegen die Befreiung des SSW von der 5%-Sperrklausel bei Landtagswahlen (GFH 1/2013, S. 57) sind am Landesverfassungsgericht eröffnet worden, ein Urteil wird für August erwartet. Die Berichterstattung ist sehr unterschiedlich: Beim SH:Z hat Kommentator Peter Höver immer wieder einen möglichen Erfolg der Klage in Aussicht gestellt und die Konsequenzen für die Landespolitik betont. Während die FDP die Ausnahmeregel nur für das erste Mandat sieht, stellt die JU sie komplett in Frage. „Der Prozessbevollmächtigte der Jungen Union, Trutz Graf Kerssenbrock, bezweifelt, dass es eine dänische Minderheit überhaupt noch gibt“, heißt es in Hövers Bericht zum Prozessauftakt (FT 20.6.), zudem habe der frühere CDU-Landesminister darauf hingewiesen, dass spezifisch minderheitenpolitische Themen nur einen kleinen Teil des SSW-Programms ausmachten. Flensburg Avis hingegen sah den SSW und die Landesregierung als Sieger der ersten Runde und lobte die Verfahrensleitung durch einen gut vorbereiteten Gerichtspräsidenten Bernhard Flor. Am Vortag war ein Befangenheitsantrag der Kläger gegen zwei Richter abgewiesen worden. Für Är-

ger sorgten Plakate der JU mit dem Text „Zweiklassenwahlrecht ist unfair. Privilegien des SSW abschaffen!“ FLA-Chefredakteur Bjarne Lønborg warnte die JU davor, der politischen Kultur des Landes Schaden zuzufügen (FLA 18.-20.6.).

Jahrestreffen der dänischen Südschleswiger

Bei den traditionellen Jahrestreffen (Årsmøder) der dänischen Südschleswiger hielten zahlreiche Prominente die örtlichen Festansprachen, darunter Außenminister Villy Søvndahl, Wirtschaftsministerin Margrethe Vestager und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig, der in seiner auf Dänisch gehaltenen Rede die Minderheit als wertvolle Ressource des Landes bezeichnete. Eine kritische Einlage brachte der SSW-U-Vorsitzende und aktuelle Duborg-Abiturient Claas Johannsen, der beim Treffen in Weiche eine zu große Passivität der jungen Generation bemängelte (FLA 8.-10.6.). Einhelliges Lob gab es für die Übereinkunft des Landes mit der Minderheit, wonach die dänischen Schulen künftig in allen Bereichen den deutschen Einrichtungen finanziell gleichgestellt sind, auch bei der Schülerbeförderung; dadurch erhält der Schulverein 1,2 Mio € mehr aus Landesmitteln (FLA 8.6.).

Weitere Neuigkeiten aus der dänischen Minderheit

Der Gemeinsame Rat (Samråd) der dänischen Südschleswiger hat erneut die zuletzt gescheiterte Einrichtung eines „Sydslesvigting“ als parlamentarisches Leitgremium ins Gespräch gebracht (FLA 17.4., vgl. GFH 1/2013, S. 58). – Der neue DF-Vertreter im Südschleswig-Ausschuss des Folketings Martin Henriksen (GFH 1/2013,

S. 58) forderte die Minderheit auf, zu ihren Wurzeln zurückzufinden und multikulturelle Gedanken fallen zu lassen. Dem entgegnete Chefredakteur Bjarne Lønborg, dass Däne in Deutschland zu sein zwangsläufig andere Dinge mit sich führe als Däne in Dänemark zu sein, und er forderte die Berücksichtigung der dynamischen Entwicklung der Volksgruppe (FLA 8.5.). – Beim Kirchentag in Schleswig kritisierte Generalkonsul Henrik Becker-Christensen diejenigen Dänen, die immer noch ein veraltetes Bild von der dänischen Minderheit zeichnen (FLA 29.4.). – Breite öffentliche Aufmerksamkeit erhielt die Minderheit durch den am 12.5. ausgestrahlten Tatort-Krimi „Borowski und der brennende Mann“, der u.a. an der A.P. Møller-Skole gedreht worden war. Erstaunen löste in der Region allerdings aus, dass die dänische Kommissarin im Film mit schwedischem Akzent bzw. Schwedisch sprach (NOS/FLA 14.5.).

Friisk Foriining feiert 90-jähriges Bestehen

Mit einem Festakt im Gasthaus Fraschlönj in Risum beging der Verein der nationalen Friesen, der die Eigenständigkeit der Volksgruppe hervorhebt, seinen 90. Gründungstag (FLA 30.5.). – In den durch Nordfriesland fahrenden Zügen sollen die Stationen auch auf Friesisch angesagt werden; in der Bahn nach Dagebüll schon bald, auf der Hauptbahn 2015 (FLA 27.5.). – Bei der Mitgliederversammlung des Nordfriisk Institut betonte Ministerin Anke Spoorendonk, dass Europa auch neue Chancen für kleine Minderheiten wie die Friesen bieten kann (FLA 8.5.).

Gremium für Sinti und Roma

Nach der Aufnahme der ca. 5000 Sinti und

Roma als zu schützende Minderheit in die Landesverfassung (GFH 4/2012, S. 265) wurde am Kieler Landtag nun ein parlamentarischer Ausschuss für die Belange der Volksgruppe eingesetzt. Vorsitzender ist der Landtagspräsident (FLA 19.4.). Die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack sprach von einem Signal für Europa, denn viele der ca. 12 Mio Roma in Europa werden immer noch benachteiligt; selbst die EU-Agentur für Grundrechte mahnt hier inzwischen zu mehr Handlung (FLA 9.4.). Zudem forderte Renate Schnack die Kommunen dazu auf, lokale Projekte zu unterstützen, wie es in Kiel mit Maro Temm (GFH 1/2008, S. 49 ff.) der Fall ist.

Wirtschaft und Soziales

Beeinflussen Abgabensenkungen den Grenzhandel?

Der Grenzhandel bleibt ein Dauerthema in Dänemark (vgl. GFH 1/2013, S. 62 f.). Laut einer Umfrage wollte jeder zehnte Däne in der Osterzeit zum Einkaufen nach Deutschland fahren (NOS 20.3.). Auch dänische Handwerksbetriebe und Werkstätten klagen zunehmend über geringeren Umsatz. Slesvigsk Parti mahnte derweil zu einer weniger emotionsgeladenen Betrachtung des Themas (NOS 27.3.). Nach der Ankündigung der Regierung, die Abgaben auf mehrere Produkte zu senken, welche die Dänen immer mehr südlich der Grenze einkaufen (v.a. Bier und gezuckerte Getränke), kündigten Vertreter des Grenzhandels ebenfalls die Senkung von Verkaufspreisen an (NOS 16.4.). Nach einer neuen Untersuchung von Newspaq würden 95 Prozent der bisherigen Grenzhandelskunden auch nach der Reform den Weg zum Einkauf über die Grenze machen (NOS 8.5.). Der Interessenverband De Samvirkende Køb-

mænd geht dennoch von einem Rückgang des Grenzhandels aus, wenn die Abgaben auf Bier und Limonaden gesenkt werden (NOS 15.6.). Eurostat bestätigte in einer neuen Untersuchung, dass Lebensmittel im EU-Vergleich in Dänemark am teuersten sind, und zwar um die Hälfte teurer als im EU-Durchschnitt. Die Untersuchung betraf nur Grundnahrungsmittel; vor allem Fleisch- und Getreideprodukte sind überdurchschnittlich teuer (NOS 22.6.). – Immer mehr dänische Firmen unterhalten Niederlassungen südlich der Grenze (FLA 26.5.). Dafür kaufen immer mehr deutsche Landwirte Ländereien in Dänemark (FLA 21.6.).

Kontroversen um Entwicklung im Tourismus

Mit dem Interreg-Projekt „Tourismus-Mensch-Natur“ soll die Vermarktung der touristischen Potenziale beiderseits der Grenze verbessert werden (FLA 18.4.). Neu angelaufen ist das Interreg-Projekt „Natur und Tourismus“ für Fahrradferien auf mehreren Nordseeinseln von Föhr bis Fanø (NOS 22.6., GFH 1/2013, S. 61). Mit der 2013 endenden Interreg-Periode laufen jedoch viele Projekte aus; der Leiter des Apenrader Touristikbüros Michael Hansen bedauerte, dass viele gute Ansätze nicht weiter verfolgt werden; auch auf deutscher Seite werden zweisprachige Informationsbroschüren nicht einmal nachgedruckt. Beim Tourismusforum kam daher der Vorschlag auf, mehr mit Einkaufsmöglichkeiten und Geschäften zu werben; gerade die Grenzhandelsgäste sollten zu längeren Aufenthalten animiert werden (FT 7.6.). Immer größer wird in Dänemark die Sorge wegen des Rückgangs deutscher Touristen, der gerade auch in der Region Syddanmark markant ist (FLA 6.5.). Insgesamt zählte man 2012 12,5 Mio Übernachtungen deutscher Feriengäste, was

deutlich unter den zuletzt 2004 erreichten 14 Mio und erst recht unter der einstigen Rekordmarke von 20 Mio liegt (JV 1.5.). Als wesentlicher Grund gelten die hohen Preise und Abgaben in Dänemark. Andere Stimmen beklagen, dass man sich in Dänemark nicht genügend auf geänderte Wünsche und Interessen eingestellt habe. Für Irritation sorgte derweil eine verschärfte Ordnung gegen freilaufende Hunde in Dänemark, die sich vor allem gegen 13 als problematisch eingestufte Hunderasen richtet (NOS 21.3.). Dies hat gerade bei deutschen Touristen für erhebliche Verunsicherung gesorgt; viele Hundebesitzer kündigten an, auf einen Urlaub in Dänemark zu verzichten (NOS 4.4./JV 4.5./27.5.). Die Reichspolizei versicherte, dass noch kein deutscher Hund zu Schaden gekommen sei (FLA 14. u. 22.6.). Für Aufsehen sorgte kurzzeitig der sozialdemokratische Fraktionssprecher im Folketing Benny Engelbrecht, der die Politik und Rhetorik der Vorgängerregierung und namentlich deren Mehrheitsbeschaffer Dansk Folkeparti, vor allem in Sachen Ausländerpolitik und bei der Kontroverse um Grenzkontrollen (GFH 3/2011, S. 219 f.), für die Abschreckung deutscher Touristen verantwortlich machte (JV 1. u. 4.5.).

Rückschlag für Dosenpfand

Nachdem die Einführung einer grenzüberschreitenden Pfandordnung für Getränke Dosen kurz bevorzustehen schien (GFH 1/2013, S. 63), ist die Entscheidung nun doch aufgeschoben worden (FLA 5.4.).

Mehr Zuwanderung nach Deutschland und Dänemark

Deutschlands Einwohnerzahl ist 2012 leicht gestiegen. Dies ist insbesondere

re auf Einwanderer aus den südlichen EU-Ländern zurückzuführen. Allerdings kam die größte Gruppe aus Polen. Insgesamt 1,08 Mio Menschen ließen sich 2012 in Deutschland neu nieder, davon 966.000 ausländische Staatsbürger (FT 8.5.). Bald darauf musste die Einwohnerzahl allerdings nach unten korrigiert werden, als sich zeigte, dass viele Menschen, die Deutschland dauerhaft verlassen haben, sich nicht bei ihrer bisherigen Heimatgemeinde abgemeldet hatten. Auch die Einwohnerzahl Flensburgs ist geringer als bisher angenommen (vgl. GFH 1/2013, S. 61). –

Auch in Dänemark steigt die Bevölkerungszahl durch Einwanderung. Im ersten Quartal 2013 zählte man im Königreich die wenigsten Geburten seit 1987 (13.572). Sorgen macht zudem, dass jedes vierte Kind beim Einschulungstest motorische Defizite zeigte (NOS 14.5.).

Infrastruktur

Streit um verteuerte Bahntickets

Durch die einseitige Aufkündigung des Nachbarschaftstarifs mit der Landesverkehrsgesellschaft LVS durch die Dänischen Staatsbahnen (DSB) verteuerten sich grenzüberschreitende Fahrten von Süd nach Nord in der Region ab dem 1.4. dramatisch, in der Relation Flensburg-Pattburg beispielsweise von 3,10 € auf 9,40 €. Die DSB begründete diese Einführung des Ferntarifs für ganz Nord-schleswig mit der bisher geringen Annahme des Angebots durch die Kunden. Die Westbahn war nicht betroffen, da hier die britische DB-Tochter Arriva den dänischen Bahnverkehr abwickelt (FLA 20.4./NOS 24.4.).

Investitionen im grenzüberschreitenden Verkehr

Von den 27 Mrd Kronen Mehreinnahmen aus den Ölgeschäften sollen 10 in Verkehrsprojekte fließen. Auch sollen in Nord-schleswig mehr Straßen für die umstrittenen Versuche mit „Gigaliner“-Lastwagen vorbereitet werden (NOS 22.3.). Derweil wächst auf EU-Ebene der Druck, das Projekt auch grenzüberschreitend auszuweiten (FT 16.4.).

Pläne für eine Westküstenautobahn scheinen in weite Ferne gerückt zu sein. Zudem hat es sich gezeigt, dass die jüngst mit Milliardenaufwand gebaute Autobahn Kipleff-Sonderburg im ersten Jahr ihres Bestehens über 20 Prozent weniger ausgelastet war als prognostiziert (FLA 30.3.). Die Rekonstruktion des zweiten Gleises zwischen Pattburg und Tingleff wird weiterhin gewünscht, auch von einer Mehrheit im Folketing (FLA 23.5.), aber noch nicht konkret geplant (FLA 10.5.). Auch die von der Gesellschaft Scandic Rail erwogene Wiedereröffnung der Querbahn Tingleff-Tondern wird nicht erwähnt (NOS 22.4.). Auf deutscher Seite arbeitet die Landesverkehrsgesellschaft Schleswig-Holstein an einer Beschleunigung und Kapazitätserweiterung der Züge zwischen Hamburg und Flensburg bzw. Kiel (FT 19.6.). Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer will zudem einen bundesweiten „Deutschland-Takt“ im öffentlichen Verkehr einführen, damit die Anschlüsse künftig zuverlässiger gewährt werden (NOS 7.5.).

Auf und Ab im Schiffsverkehr

Das Angebot der Ausflugs-schiffahrt auf der Flensburger Förde droht weiter zu schrumpfen, da die Betreiber die Kosten für die neuen, an Hochseeschiffen ori-

entierten Sicherheitsmaßnahmen nicht aufbringen können (FT 17.4./FLA 22.6.). Derweil gibt es einen neuen Vorstoß, um die seit 1999 eingestellte Fährverbindung zwischen Angeln und Fünen wiederzubeleben. (FLA 26.5., vgl. GFH 1/2013, S. 66). Gefeierte wurde derweil der 50. Jahrestag der Einrichtung der Vogelfluglinie über Fehmarn (FLA 14.5.).

Sprache, Bildung und Kultur

Gründung der deutsch-dänischen Kulturregion

Mit einer neuen Vereinbarung zwischen Dänemark, Schleswig-Holstein, der Region Syddanmark und den Kommunen und Kreisen der Region soll die kulturelle Zusammenarbeit massiv ausgebaut und besser koordiniert werden. Zudem sollen interkulturelle Kompetenzen besser gefördert werden. In den kommenden vier Jahren werden 2,4 Mio € zur Verfügung stehen. Kultur- und Europaministerin Anke Spoorendonk hob den Modellcharakter für Europa hervor, Regionschef Carl Holst nannte das im Flensburger Schifffahrtmuseum unterzeichnete Abkommen einen weiteren Schritt hin zur Wachstumsregion. Das Projekt war insbesondere vom Sonderburger Kultur Ausschussvorsitzenden Stephan Kleinschmidt und Anke Spoorendonk vorangetrieben worden, um die 2013 auslaufende Kulturabsprache der nordschleswigschen Kommunen auf eine neue breite Grundlage zu stellen, und nicht zuletzt auch, um die gemeinsamen Anstrengungen für die gescheiterte Bewerbung als Kulturhauptstadt (GFH 3/2012, S. 189 ff.) zielgerichtet weiterzuführen (FT/NOS/FLA/JV 11.4., s.a. GFH 4/2012, S. 261). Problematisch bleiben die unterschiedlichen administ-

rativen Strukturen und die unterschiedliche Auffassung von Kultur als öffentliche Aufgabe (FLA 25.4.). Ministerin Spoorendonk strebt an, in Schleswig-Holstein eine intensivere Kulturpolitik zu betreiben und den Dialog im Kulturbereich zu verstärken, etwa durch die Schaffung eines Kulturparlaments (FLA 18.5., s.a. www.schleswig-holstein.de/kulturdialog).

Tageszeitungen arbeiten grenzüberschreitend zusammen

Symbolträchtig am 18. April gaben die Chefredakteure von Flensburg Avis, Der Nordschleswiger, Jydske Vestkysten und des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags im neuen Medienhaus des Letzteren die Einrichtung einer Redaktionsgemeinschaft bekannt. Mit dieser sollen Nachrichten und Bilder künftig grenzüberschreitend ausgetauscht werden, damit die einzelnen Zeitungen ihre Berichterstattung vor allem über das jeweilige Nachbarland ausweiten können. Dies soll weit über die seit 2009 existierende Rubrik „Unter Nachbarn“ hinausgehen. Auch die Deutsche Presseagentur unterstützt den Austausch mit einer technischen Plattform. Vertreter aus Wirtschaft und Politik lobten die Kooperation einhellig. Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen betonte die Wichtigkeit des von ihm lange geforderten Informationsaustauschs, um das Potenzial der Nachbarschaft besser auszuschöpfen, und plädierte auch für enge Zusammenarbeit zwischen Danmarks Radio und Norddeutschem Rundfunk. Ex-Bundesverteidigungsminister Volker Rühle forderte ebenfalls eine noch engere staatsübergreifende Zusammenarbeit und schlug den Aufbau einer gemeinsamen deutsch-dänisch-polnischen Ostseeflotte vor (JV/sh:z/NOS/FLA, 19.4.).

Weitere Kritik an zurückgehenden Deutschkenntnissen

Der Rückgang der Vermittlung der deutschen Sprache in Dänemark steht weiter in der Kritik (s. GFH 1/2013, S. 66). In der Germanistik in Århus ist das Personal in den vergangenen zehn Jahren von neun auf dreieinhalb Festangestellte gefallen, was entsprechend das Seminarangebot verschlechtert. Germanistik-Professor Søren Fauth fordert früheren Deutschunterricht in der Schule (NOS 22.6.). Die nordschleswigsche Folketingsabgeordnete Lotte Rod (Radikale Venstre) möchte die anstehende Schulreform zur Einführung von mehr Deutschunterricht nutzen (NOS 18.6.).

Denkmalschutz für Gebäude aus deutscher Zeit

In Nordschleswig werden mehr Gebäude aus der Zeit von 1864-1920 unter Schutz gestellt, nachdem sich Experten wie Museumsdirektor Peter Dragsbo seit langem dafür ausgesprochen hatten (GFH 1/2006, S. 23 ff.). Dazu zählt das auch in seiner inneren Ausgestaltung fast komplett original erhaltene Apenrader Kreishaus von 1904 (FT 22.5.).

Pläne für Europa-Universität

Der Prorektor der Syddansk Universität sprach sich gegen Neubauten an der Grenze aus, da die Sonderburger Institute baulich gut ausgestattet seien. Auch an der Fachhochschule Flensburg sieht man einen Europacampus eher kritisch. Rolf Fischer sprach sich für die Einrichtungen einer Minderheitenprofessur aus (NOS 20.3.; vgl. GFH 1/2013, S. 67). Das University College Syd (Hadersleben und Esbjerg) baute derweil seine Beziehungen zur Universität Bielefeld aus (FLA 24.4.).

Förderung der Welterbe-Pläne

Für die weitere Restaurierung des möglichen Welterbes Danewerk (GFH 1/2013, S. 69) stellt das Land Schleswig-Holstein 645.000 € zur Verfügung (FLA 15.6.). Weitere 2,3 Mio Kronen kommen vom A.P. Møller-Fonds (FLA 5.4.). Das Vorhaben auf Anerkennung der Gortorfer Schlosskapelle als Weltkulturerbe wird inzwischen wegen geringer Aussichten nicht weiter verfolgt, doch soll diese als europäisches Kultuerbe anerkannt werden (FLA 16.5.).

Konflikt um Schulreformen in Dänemark

Europaweit geriet Dänemark so stark wie lange nicht mehr in die Schlagzeilen und Nachrichtensendungen, als mit dem Ausgang der Osterferien die zuvor angedrohte Aussperrung der Volksschullehrer durch die Kommunen in Gang gesetzt wurde. Am 11.4. kam es zu einer Großdemonstration von 40.000 Lehrern in Kopenhagen; auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bekundete ihre Solidarität (NOS 12.4.). Erst nach vier Wochen fast ohne Unterricht kam es zu einem staatlichen Eingriff in den Arbeitskampf, mit dem die Regierung nicht überraschend praktisch alle Forderungen des Zusammenschlusses der Kommunen (KL) erfüllte (JV 3.4., vgl. GFH 1/2013, S. 68), namentlich nach Verlängerung der Präsenzzeit und nach mehr Befugnissen für die Schulleiter. Für die weitere Schulreform, die u.a. mehr Unterricht in allen Jahrgängen und den Weg zur Ganztagschule beinhaltet, stellt der Staat 1,8 Mrd Kronen zur Verfügung (NOS 8. u. 14.6.). Der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig will zunächst abwarten, was dies am Ende konkret für die Minderheitenschulen bedeuten wird (NOS 12.6.).

Deutsch-dänische Schulprojekte

Am Flensburger Bredeberg nimmt das erste deutsch-dänische schulische Gemeinschaftsvorhaben immer mehr Form an. Die Stadt stellte 132.000 € zur Verfügung, damit Hohlwegschule und Jørgensby-Skolen gemeinsame Sportanlagen einrichten können. Eine Kantine und ein angeschlossener Kindergarten stehen in der weiteren Planung (FLA 21.6.). – Neue grenzüberschreitende Schulprojekte unter den Titeln „Løb, løs og lær/Lauf, löse und lerne“ bzw. „Sprog i leg og spil“, initiiert vom Center for Undervisningsmidler in Apenrade und dem Institut für Qualitätssicherung Schleswig-Holstein, werden die Achtklässler ausgewählter Schulen zu gemeinsamen Lerneinheiten bringen (FLA/NOS 21.6.). – Auch die u.a. mit der Vermittlung der deutschen Sprache und ebenfalls mit Minderheitenprojekten engagierte Højskolen Østersøen in Apenrade verzeichnet einen Zugang, wobei sich die Zahl der Kurssteilnehmer sogar verdoppelt hat (NOS 25.4.).

Geschichte und Erinnerungsorte

149. Jahrestag der Schlacht von Düppel

Die alljährliche Gedenkveranstaltung stand in diesem Jahr unter dem Zeichen der Planungen für die Aktivitäten zum kommenden 150. Jahrestag. Zur schnellen Information über dieselben wurde die Internetpräsenz www.dybboel2014.dk bzw. www.dueppel2014.de eingerichtet. Kritische Stimmen über die deutsche Teilnahme waren noch in Einzelfällen zu vernehmen. Irritationen gab es im Vorfeld lediglich, als die Veranstalter die Größe der deutschen Kränze und die Anzahl deutscher Uniformen begrenzt haben

wollten (NOS 30.3./FLA 2.4.). Die Planungen für den 150. Jahrestag laufen auf Hochtouren, und sowohl Bundespräsident als auch Bundeskanzlerin wurden offiziell eingeladen (FLA 24.5., GFH 1/2013, S. 69). Derweil nimmt das Projekt „Future Borders – Young Minds in Digital Action“ immer konkreter Form an (FLA 22.3). Hinzu kommt ein mit 8,2 Mio Kronen dotiertes gemeinsames Projekt des Museum Sønderjylland mit dem Museum am Danewerk, der Fregatte Jylland in Ebeltoft und dem Landwirtschaftsmuseum Gammel Estrup bei Grenaa über 1864 (JV/NOS/FLA/sh:z, 19.4.). Die örtlichen Einrichtungen des Museum Sønderjylland zur Geschichte von 1864 (Schloss Sonderburg, Düppeler Mühle, Historiecenter Dybbøl Banke) wurden auch 2012 von über 50.000 Menschen besucht (NOS 30.3.).

200 Jahre Schlacht von Sehestedt

Einer nicht minder blutigen, aber weitgehend vergessenen Schlacht, nämlich jener vom 10.12.1813 bei Sehestedt, widmet das dortige Heimatmuseum eine Ausstellung. Diese wurde von Schülern des Gymnasiums Kronshagen und von A.P. Møller-Skolen gestaltet. Die Schlacht war eine der letzten großen Kampfhandlungen der Napoléonischen Kriege, bei der die Truppen des noch immer mit dem französischen Kaiser verbündeten dänisch-schleswigsch-holsteinischen Gesamtstaats einen Angriff verbündeter schwedischer, preußischer, österreichischer und russischer Regimenter verlustreich abwehren konnten (FLA 17.6.).

Neugestaltung der Gedenkstätte in Braine

Neu gestaltet wurde die Gedenkstätte für die im Ersten Weltkrieg als Soldaten ge-

storbenen Nordschleswiger im nordfranzösischen Braine. Wurde bei der Anlegung der Gedenkstätte in den 1920er Jahren klar auf die dänische Gesinnung der Toten Wert gelegt, soll die Stätte in Haderslebens französischer Partnerstadt nun allen nordschleswigschen Opfern des Ersten Weltkriegs gewidmet sein (NOS 17./22.6.).

Computerspiel zum 9. April 1940

Für die Arbeit mit der Geschichte der deutschen Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg und insbesondere des Einmarsches der Wehrmacht 1940, dessen in Hadersleben wie in Pattburg gedacht wurde (NOS/JV/FLA 10.4.), wird eine neue Internetpräsenz www.9april1940.dk aufgebaut (NOS 11.4.). Auf dieser kann mit Hilfe eines neuen Computerspiels „Dilemma 9. April“ kontrafaktisch (GFH 1/2003, S. 9 f.) durchgespielt werden, welche Folgen verschiedene Entscheidungen der damals in Dänemark Verantwortlichen gehabt hätten.

Personalien

Siegfried Matlok als Chefredakteur verabschiedet

Mit einem Festakt in der Apenrader Sønderjyllandshalle wurde der langjährige Chefredakteur des Nordschleswigers Siegfried Matlok verabschiedet. In zahlreichen Festansprachen lobten hochrangige deutsche wie dänische Politiker aller Couleur, Journalisten-Kollegen, Kulturschaffende und Weggefährten die Verdienste des 68-Jährigen sowohl als Journalist wie auch als Minderheitenvertreter, welcher das Gesicht der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig markant geprägt und viele neue Verbindungen sowohl zur dä-

nischen als auch zur deutschen Seite geschaffen hat (NOS 18.-20.6.). Flensburg Avis bezeichnete Matlok als „perfekten Diplomaten“ (18.6.). Gwyn Nissen tritt am 1.7. die Nachfolge an, doch wird Matlok noch zwei Jahre auf einer halben Stelle beim Nordschleswiger weiterarbeiten (GFH 4/2012, S. 268).

Auch Flensburg Avis erhält neuen Chefredakteur

Neuer Chefredakteur bei Flensburg Avis wird Jørgen Møllekær. Der 48-jährige geborene Südschleswiger wird am 1.12. Nachfolger von Bjarne Lønborg, der in den Ruhestand treten wird. Dieser konnte in seinem letzten Statusbericht von einer relativ stabilen Lage der Zeitung berichten (5122 durchschnittlich pro Tag verkaufte Exemplare, aber wohl 20.000 tägliche Leser), allerdings gehen die Verkaufszahlen leicht zurück (FLA 21.6.).

Peter Dragsbo geht in den Ruhestand

Mit Peter Dragsbo tritt eine weitere markante Persönlichkeit der Kulturarbeit im Grenzland in den Ruhestand. Er hob hervor, dass er in den Jahren in Sonderburg mehr denn je zum Europäer geworden sei und dass die Region kein Randgebiet sei. Sein Nachfolger als Chef des Sonderburger Schlossmuseums im Verbund Museum Sønderjylland wird Geschichtspräsident Carsten Porskrog Rasmussen (NOS 25.5.).

Hans Heinrich Hansen 75 Jahre

Der frühere Hauptvorsitzende des BDN und soeben wiedergewählte Präsident der FUEV feierte seinen 75. Geburtstag (NOS 25.6.).

D. G. Monrad – der „Schurke“ von 1864?

Anmerkungen zu dem Beitrag von Jesper Vind (S. 83-90)

In seinem von Dr. Eckard Bodenstein für die Grenzfriedenshefte übersetzten Aufsatz über „Das ‚Wundfieber‘ von 1864“ zitiert Jesper Vind den Historiker Rasmus Glenthøj von der Syddansk Universitet, der sich kritisch mit einem Filmprojekt von Danmarks Radio über „1864“ auseinandersetzt. Dem damaligen dänischen Staatsminister D.G. Monrad werde in dem TV-Achtteiler „anscheinend die Schurkenrolle zugedacht ... Ein diabolischer Monrad wird für eine unverantwortliche Politik verantwortlich gemacht“ (S. 90). Durch die Redaktion der Grenzfriedenshefte ermuntert, plädiert Eckard Bodenstein im Sinne einer differenzierten, verantwortlichen Geschichtsbetrachtung dafür, nicht nur die nationalistische, sondern auch die liberale Seite des Politikers D.G. Monrad in den Blick zu nehmen. – Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf unsere Rubrik „Buchhinweise“, wo sich unser Redaktionsmitglied Dr. Gerret Liebing Schlaber (S. 141) mit einem 2012 erschienenen Sammelband kritisch befasst, der den Titel trägt: Skurke og helte i Sønderjyllands historie.

Die Redaktion

Zurzeit benutzt man in Dänemark gerne das Begriffspaar „skurke og helte“ („Schurken und Helden“), um anzuzeigen, wer in einer vielleicht emotionalisierten Wahrnehmung die „Guten“ und wer die „Bösen“ in entscheidenden historischen Situationen waren. Dies gilt nicht zuletzt für die Einstellung der Dänen zur deutschen Besatzungsmacht 1940-1945 sowie für die Ereignisse um 1864. So geht aus dem Artikel von Jesper Vind hervor, dass in einem Filmprojekt über 1864 dem Staatsminister Ditlef Gothard Monrad (1811-1882) offenbar die Rolle des „Schurken“ zugeteilt wird. Sicher ist, dass Monrad gewaltigen Fehleinschätzungen unterlag: Halten der Danevirke-Stellung um (fast) jeden Preis, Bereitschaft, die Kämpfe bis zur Verteidigung der Hauptstadt Kopenhagen fortzuführen, fehlendes Verhandlungsgeschick bei der Londoner Konferenz usw.

Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass Monrad einer der Väter des dänischen Grundgesetzes von 1849 war, und wäre es nach ihm gegangen, so hätte das Grundgesetz ein stärkeres demokratisches und soziales Gepräge bekommen. Er war es auch, der hinter dem Schulgesetz vom 2.5.1855 stand, mit dem die Grundlage für das weit verzweigte und vorbildliche dänische Privatschulwesen – bis hin zu den Schulen der deutschen Minderheit in Nordschleswig – geschaffen wurde. (vgl. Eckhard Bodenstein: Skolefrihed in Dänemark – Studien zur Entstehung eines schulpolitischen Prinzips, Tønder 1982, insbes. S. 96-101, 116 f., 201-204, 261 f., 278 f.)

Im Laufe seiner langen Laufbahn hat D.G. Monrad viele bedeutende Posten bekleidet: als Bischof, als Innenminister und als Kultur- und Schulminister. Er betrieb energisch den Ausbau des Eisenbahnnetzes und stärkte die Stellung der armen Pachtbauern ge-

genüber den Großgrundbesitzern und dem Landadel. Und schließlich machte er N.F.S. Grundtvig zum Bischof – gegen den erklärten Willen des Königs. Ihn eindimensional als „Schurken von 1864“ zu benennen, wird seinem Wirken nicht gerecht.

Eckhard Bodenstein

Reaktionen auf die neue Form der Umschau und der Buchhinweise

Liebe Leserinnen und Leser!

In der ersten Ausgabe des 60. Jahrgangs der Grenzfriedenshefte haben wir eine neue Form der Umschau und des Besprechungsteils erprobt und Sie um Ihre Meinung dazu gebeten. Daraufhin hat uns eine ganze Reihe von Rückmeldungen erreicht, wofür wir herzlich danken.

Sie bestätigen einhellig, dass eine thematische Gliederung der Umschau (anstelle der chronologischen Ordnung) den Zugang zu aktuellen Entwicklungen des Grenzlandes und der deutsch-dänischen Beziehungen erleichtert und auch die Möglichkeit bietet, sich gezielt über bestimmte Bereiche zu informieren.

Was die Buchhinweise (anstelle der manchmal sehr detaillierten Buchbesprechungen) betrifft, so haben uns einige Leser versichert, dass sie die kompetenten, ausführlichen Rezensionen in den Grenzfriedensheften mit Gewinn gelesen haben. In allen Rückmeldungen wird aber der Vorteil unserer Buchhinweise gewürdigt, der darin liegt, schneller und breiter über Neuerscheinungen informiert zu werden.

Insgesamt ermutigen uns Ihre Reaktionen, liebe Leserinnen und Leser, auf dem beschrittenen Weg voranzuschreiten.

Die Redaktion

Regionale Personengeschichte

Inge Adriansen, Mikkel Leth Jespersen
Skurke og helte i Sønderjyllands historie
Aabenraa: Historisk Samfund for Sønder-
jylland 2012. 328 S., ill.

Der vorliegende Band ist aus einer Vortragsreihe der dänisch-nordschleswigschen Geschichtsgesellschaft entstanden und stellt 20 regionale Personengeschichten von mythenumwobenen Persönlichkeiten des Mittelalters bis hin zu Aktivisten aus der Zeit der nationalen Gegensätze (allein sieben) und zu sehr unterschiedlichen Charakteren aus der NS-Zeit vor. Ein Anliegen des Werks ist es, zu zeigen, dass die Einteilung historischer Personen in „Helden“ und „Schurken“ nicht so einfach ist, wie es sich die Nachwelt oft macht. Nicht überraschend spielen vielfach unterschiedliche deutsche und dänische Perspektiven eine Rolle, in anderen Fällen jedoch auch innerdänische Konflikte, etwa bei der Sichtweise auf H. P. Hanssen, dessen Realpolitik zur Grenzziehung 1920 ihn für diejenigen zum „Schurken“ machte, die eine weiter südlich gelegene Grenze wollten. Am Ende jedes Beitrags wird differenziert (aber meist von einer herkömmlichen dänischen Perspektive aus) diskutiert, inwieweit die jeweilige Person „Schurke“ oder „Held“ war – was im Kontext der jeweiligen Zeit oft nicht einfach zu beantworten ist. Leider fehlt ein Beitrag, der sich ausführlich mit generellen Überlegungen zum oft viel zu einseitigen Gebrauch der Kategorien „Held“ und „Schurke“ auseinandersetzt. Insgesamt bietet das Buch einen auf Personengeschichten basierenden interes-

santen Durchgang durch die Geschichte des alten Herzogtums Schleswig bis in die Zeitgeschichte hinein. Der populäre Ansatz hat den Herausgebern Recht gegeben, denn bereits mit dem Weihnachtsgeschäft war das Buch ausverkauft und musste neu aufgelegt werden.

Gerret Liebing Schlaber

Regionaler Kirchenführer

Inge Adriansen u. Lorenz P. Christensen
Kirkerne på Als og Sundeved

Med bidrag af Niels Henrik Arendt, Sissel F. Plathe, Niels Vium og Günter Weitling
Sønderborg: Historisk Samfund for Als og Sundeved & Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot 2012. 320 S., durchgehend farbig bebildert.

Mit dem 90. Band ihrer Schriftenreihe legt die lokalgeschichtliche Vereinigung für Alsen und den Sundewitt eine überaus gut gestaltete Porträtreihe über die 30 Kirchen der heutigen Kommune Sønderborg vor. In den mit sehr schönen Fotos illustrierten Kirchenporträts werden Baugeschichte, Inventar, Friedhof, Denkmäler, Pastorat und ggf. weitere bemerkenswerte Nebengebäude präsentiert. Nicht nur die mittelalterlichen Kirchen, sondern auch die drei Schlosskapellen, die beiden sehr unterschiedlichen kaiserzeitlichen Gotteshäuser und die drei jüngsten Kirchen werden angemessen porträtiert. Abgerundet wird der Band durch kompakte Beiträge u. a. zu Fresken, hölzernen Glockenhäusern (überrigens im übrigen Dänemark außer Lolland unbekannt), Kriegsdenkmälern, dem

kurzlebigen Bistum Alsen-Ærø (1819-66) und dem deutschsprachigen Kirchenleben in der Propstei. Aus südschleswigscher Sicht sind die hier beschriebenen Kirchen nicht nur touristisch, sondern auch aufgrund mannigfacher Verbindungen interessant – als nur zwei Beispiele seien der vermutlich aus der verlorenen Flensburger Franziskanerkirche stammende eindrucksvolle Altar in Ulkebüll und das vom Flensburger Museum gerettete und erst vor wenigen Jahren wieder in Quars aufgestellte Taufbecken genannt. Es wäre sehr zu wünschen, wenn nördlich wie südlich der Grenze ähnliche Werke zu den örtlichen Kirchen, den meist ältesten und wertvollsten Baudenkmalern unserer Landschaft, erscheinen würden. Bedauerlich ist nur, dass die Kirchen nicht geografisch geordnet sind und dem Ortsunkundigen keine Karte zur Orientierung geboten wird.

Gerret Liebing Schlaber

Kulturkampf der 1920er Jahre

Jenni Boie

Volkstumsarbeit und Grenzregion

Volkskundliches Wissen als Ressource ethnischer Identitätspolitik in Schleswig-Holstein 1920-1930

Münster u.a.: Waxmann 2013 (Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte, 9). 215 S.

In der im Fach Europäische Ethnologie/ Volkskunde in Kiel eingereichten Dissertation untersucht Jenni Boie anhand von Aktenmaterial und Veröffentlichungen des Heimatvereins Schleswig-Holsteiner-Bund (SHB) die Schnittstelle zwischen (Kultur-)Politik, Öffentlichkeit, heimatkundlichen Laien und volkskundlichen Wissen-

schaftlern in Bezug auf Wissen über die Volkskunde und regionale heimatkundliche Gegenstände im deutsch-dänischen Grenzgebiet.

Ergebnis der Studie ist, dass der SHB eine sogenannte Deutschstumspolitik betrieb, die sich gegen die Grenzziehung von 1920, gegen Dänemark, gegen den Versailler Vertrag insgesamt und gegen die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld richtete. Ziele dieser ideologischen Propaganda, bei der die Akteure den „konstruktivistische[n] Charakter von Identität und Ethnizität“ (27) verschleierte, waren eine als kulturelle Angelegenheit vermittelte Grenzrevision und die Zementierung persönlicher Machtansprüche. Um vermeintliche kulturelle Grenzen zwischen (Nieder)Deutschem und Dänischem zu konstruieren, wurde an historische Ereignisse selektiv und verzerrt erinnert, heimatkundliches Gut symbolisch aufgeladen; volkskundliche Themen wurden instrumentalisiert.

Boie zieht eine aussagekräftige Verbindung in die Gegenwart, in der es vergleichbare Identitätsformierungsprozesse für das Erreichen politischer Ziele gebe und konstruierte „ethnische Erklärungsmuster“ (192) noch außerordentlich wirksam seien.

Trotz kleinerer Kritikpunkte ist diese auch für Fachfremde verständliche Arbeit eine wertvolle Ergänzung zum großen Spektrum historischer Arbeiten über das Grenzgebiet in der Weimarer Zeit.

Levke Bittlinger

Roman zur deutschen Zeitgeschichte

Troels Ravn Klausen

Brødrene Schmidt

Mit einem Vorwort von Hosea Dutschke
Silkeborg 2012. 400 S.

Nachdem Troels Ravn Klausen dem lesenden Publikum zunächst durch zwei unterhaltsame Bücher mit einem freundschaftlichen dänischen Blick auf Deutschland bekannt geworden war, hat der vielseitige Sprachökonom und Unternehmensberater nun seinen ersten Roman vorgelegt. Auch in diesem geht es um Deutschland. Protagonisten sind die 1918 in Dresden geborenen Zwillinge Anton und Peter Schmidt, die vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedliche Lebensläufe entwickeln. Sie erleben die Widersprüchlichkeiten der Weimarer Republik, die Zeit der NS-Gewaltherrschaft, den Zweiten Weltkrieg (der sowohl den Soldaten Anton als auch den Deserteur Peter nach Dänemark führt) und sie erleben den Aufbau der DDR. Dort trennen sich die Wege, die sich erst kurz vor dem Tod wieder vereinen. Peters Enkel kommt am Ende als Austauschstudent in Kopenhagen endgültig im modernen Europa an. Mit diesem sehr bewegenden, in klarer und schnörkelloser Sprache dargebrachten Roman gelingt es Troels Ravn Klausen sehr gut, seinem Publikum die komplizierte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts nahe zu bringen. Dabei stehen die Konflikte der einzelnen Menschen im Kontext der jeweiligen Zeit im Mittelpunkt, und der Verfasser vermeidet es geschickt, Urteile zu fällen und die Figuren zu „Helden“ oder „Schurken“ zu stempeln. Auch stellt er Fragen an die dänische Geschichte und das

dänische Selbstverständnis. Nicht nur dänischen, sondern auch deutschen Lesern sei dieser eindrucksvolle dänische Roman zur deutschen Zeitgeschichte uneingeschränkt empfohlen.

Gerret Liebing Schlaber

Entwicklung der Medien im Norden

Volkram Gebel

Zeitenwechsel

Wandel der Medien, Wiedervereinigung,
Gestaltende Verwaltung

Neumünster: Wachholtz 2012. 256 S.,
einzelne Abb.

Interessante Einblicke in die schleswig-holsteinische Landes- und Kommunal-, vor allem aber in die Medienpolitik seit den 1970er Jahren bietet die vorliegende Autobiografie des Verwaltungsjuristen, Medienmanagers und Kommunalpolitikers Volkram Gebel. Dieser spielte als leitender Beamter im schleswig-holsteinischen Innenministerium und dann als Chef der eigens gegründeten Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen eine wesentliche Rolle bei der Regionalisierung und bei der Zulassung privater Anbieter in Fernsehen und Hörfunk, wobei das nördlichste Bundesland Mitte der 1980er Jahre eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen hatte. Im Zuge der deutschen Vereinigung wirkte Gebel verantwortlich bei der Umstrukturierung des ostdeutschen Rundfunks und Fernsehens mit, bevor er nach Schleswig-Holstein zurückkehrte und viele Jahre Landrat in Plön war. Gerade in Bezug auf das noch wenig erforschte Thema der Neugestaltung der Medienlandschaft im Norden seit den 1980er Jahren bieten Volkram Gebels Erinnerungen viele inte-

ressante Einblicke. Dabei handelt es sich natürlich um eine sehr persönliche Sichtweise, und der Verfasser macht selten einen Hehl aus seiner parteipolitischen Zugehörigkeit. Er findet aber auch kritische Worte zu manchen Parteikollegen und manchen Entwicklungen im privaten Hörfunk und Fernsehen. Das Buch sollte dazu anregen, sich intensiver mit diesem spannenden Stück noch junger Zeitgeschichte im Norden zu beschäftigen.

Gerret Liebing Schlaber

Jüngste Geschichte des Idstedt-Löwen

Lars N. Henningsen u. Broder Schwensen
In Freundschaft und Vertrauen

Die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach
Flensburg 2011

I venskab og tillid

Istedløvens tilbagevenden til Flensburg
i 2011

Flensburg: Studieafdelingen ved Dansk
Centralbibliothek for Sydslesvig u. Gesell-
schaft für Flensburger Stadtgeschichte
2012. 116 S. u. CD, durchgehend bebildert

Kein anderes Denkmal der schleswigschen Grenzregion hat eine derart bewegte Geschichte wie der 1862 errichtete Idstedt-Löwe, der nach einer langen Odyssee 2011 an seinen ursprünglichen Standort in Flensburg zurückgekehrt ist – und dies bekanntlich unter ganz anderen Vorzeichen als bei seiner Erstaufstellung. So interessant wie die gesamte ungewöhnliche Geschichte dieses Bronzedenkmal ist die Phase der Rückkehr von den ersten konkreten Vorschlägen 2008/09 und vertraulichen Gesprächen bis hin zur tatsächlichen Neuaufstellung auf dem Alten Fried-

hof. Diesem Geschichtsabschnitt widmen sich Stadtarchivar Broder Schwensen und der vormalige Leiter der Studienabteilung an der Dänischen Zentralbibliothek Lars Henningsen in einem durchgehend zweisprachigen Buch, wobei sie sich nicht zuletzt auf aktuelle Akten beteiligter Behörden stützen. Als besonderer Bonus liegt dem Buch eine DVD mit einem von Dieter Nickel eigens gedrehten Dokumentarfilm über Restaurierung und Rückkehr des Löwen bei.

In ihrem optisch gut aufgemachten und bebilderten Werk zeichnen die beiden Verfasser ein fundiertes und differenziertes Bild des Idstedt-Löwen und seiner Rückkehr nach Flensburg. Dabei gehen sie auch auf die Kontroversen ein, die es in den vergangenen Jahren in Einzelfällen noch gegeben hatte. Besonders wichtig erscheinen die Ausführungen über die Bedeutung des Denkmals in Gegenwart und Zukunft (S. 79-86). Hier verweisen die Autoren, nicht zuletzt unter Berufung auf die wegweisenden fachdidaktischen Überlegungen von Jörn-Peter Leppien (GFH 3/1992, S. 175-182 und 2/2010, S. 127-150), auf die Herausforderungen, vor allem aber die Chancen, die der wiederaufgestellte Löwe für die Geschichtsvermittlung bietet. Daraus könne bei richtiger Handhabung „ein dauerhafter friedensstiftender Nutzen erwachsen“, so das Schlussfazit (S. 86). Für all dies hat das vorliegende Buch bereits einen wichtigen Beitrag geleistet.

Gerret Liebing Schlaber

Rezepte aus ganz Schleswig

Inge Adriansen

Smag på Sønderjylland

Madkultur uden grænser

København: Gyldendal 2012. 224 S.,
zahlr. Abb.

Angesichts der immer schnelleren Globalisierung auch im kulinarischen Bereich richtet man den Blick auf der Suche nach einer weniger hektischen neuen „Slow Food“-Kultur seit einiger Zeit wieder verstärkt auf die traditionelle, in einer bestimmten Region verankerte Küche. Unsere Region bildet da keine Ausnahme. Nachdem bereits 2011 durch den Apenrader Museumsverein Rezepte über „De glemte kager“ in ansprechender Buchform herausgegeben worden sind, folgt nun ein umfangreiches Rezeptbuch über die gesamte Bandbreite der schleswigschen Küche. Erschienen ist es bei Gyldendal, dem wohl bekanntesten dänischen Verlag, Verfasserin ist die wohl ausgewiesenste Kennerin der Materie, nämlich die Sonderburger Kulturgeschichtlerin und Museumsinspektorin Inge Adriansen, die bereits wiederholt zu dieser Thematik publiziert hat.

Inge Adriansen weist nach, dass Essen und Trinken die Bevölkerung nicht entzweit haben – egal wie sehr es kulturelle, sprachliche und nationale Aspekte vermocht haben mögen. Viele der hier vorgestellten Gerichte sind natürlich nicht nur regional bekannt, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands und Dänemarks verbreitet, oft jedoch nur in einem der beiden Länder. Deutsche Bezeichnungen finden sich nicht selten, auch unterschiedliche deutsche und dänische Namen

werden historisch erklärt. Trotz der umfangreichen Auswahl der Hauptgerichte, Saisongerichte, Backwaren und Getränke kann das Buch natürlich nicht vollständig sein, zumal es ja auch lokale Unterschiede gibt. Als Beispiel sei der Schnüsch genannt, der auf S. 79 in einer Alsinger Form vorgestellt wird, während dem Rezensenten eine im Text immerhin kurz erwähnte andere Fassung aus Angeln bekannt ist. Die 80 Rezepte werden knapp und leicht verständlich vorgestellt und mit sehr schönen appetitanregenden ganzseitigen Bildern (immer auf einem altem Tisch) illustriert. Die Liste über Bezugsadressen regionaler Qualitäts-Lebensmittel am Ende erscheint etwas zufällig und ist teilweise sehr „nordlastig“. Doch das soll kein Hinderungsgrund sein, um die durchaus modernen traditionsreichen Rezepte dieses schönen Werkes selbst einmal auszuprobieren – sofern sie nicht ohnehin noch im Hause bekannt sind.

Gerret Liebing Schlaber

Levke Bittlinger, M.A.
Georg-August-Universität
Kulturanthropologie/
Europäische Ethnologie
Postfach 14 08
37004 Göttingen

Dr. Eckhard Bodenstein
Hærulfsvej 12
DK-6330 Padborg

Dr. Jörn-Peter Leppien
Libellenring 15
24955 Harrislee

Prof. Dr. Michael Ruck
Universität Flensburg
Auf dem Campus 1
24943 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Deutsches Gymnasium für
Nordschleswig
Svinget 26
DK-6200 Aabenraa

Jesper Vind, M.A.
Weekendavisen
Pilestræde 34
DK-1147 København K

Barbara Winkler
An der Reitbahn 20
24937 Flensburg

Jesper Vind, Das „Wundfieber“ von 1864 Abb. 1: Weekendavisen, 15.3.2013

Michael Ruck, Anpassung – Selbstgleichschaltung – Zerschlagung. Die Gewerkschaften in Flensburg und im Reich nach der Machtübertragung an Hitler 1933 Abb. 1: Dr. Susanne Uhl, DGB Region Nordwest in Flensburg; Abb. 2, 4, 5: Flensburger Illustrierte Nachrichten, 11.5.1933, 17.5.1933, 19.5.1934; Abb. 3: Gemeinschaftsarchiv des Kreises Schleswig-Flensburg

Jörn-Peter Leppien, „Helden? Verbrecher? Opfer?“. Der Nordschleswiger über die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers Abb. 1-4: Der Nordschleswiger, 23./24.3.2013. Fotos: Karin Riggelsen

Barbara Winkler, Der Runde Tisch für Integration in Flensburg Abb.: Runder Tisch für Integration in Flensburg, Archiv

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853